



◀ BERICHT

des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft
über seine Tätigkeiten während der Sitzungsperiode

2015-2016 ▶

INHALT

PARLAMENT	3
FRAKTIONEN	3
MITGLIEDER	4
ARBEITSSTRUKTUR	6
PLENUM	6
PRÄSIDIUM	7
AUSSCHÜSSE	7
VERWALTUNG DES PARLAMENTS	8
EINLEITUNG	8
HAUSHALTSPLAN DES PARLAMENTS	8
VERWALTUNGSPERSONAL	9
PARLAMENTSGEBÄUDE	10
REGIERUNG	11
FORTSETZUNG DER REFORM DER PARLAMENTARISCHEN ARBEITSWEISE	12
LEGISLATIVE ARBEIT	14
ALLGEMEINES	14
VERWALTUNGSBESCHLÜSSE UND ARTIKULIEREN VON POLITISCHEN MEINUNGEN	15
SITZUNGSPERIODE 2015-2016	15
PARLAMENTS BESCHLÜSSE	17
AUSSCHUSSARBEIT	21
AUSSCHUSS I	21
AUSSCHUSS II	24
AUSSCHUSS III	26
AUSSCHUSS IV	28
AUSSCHUSS V	29
BEHANDLUNG VON GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN THEMEN	30
REGIERUNGSKONTROLLE	33
ALLGEMEINES	33
INTERPELLATIONEN	33
BEGRÜNDETE ANTRÄGE	35
FRAGEN	35
THEMENDEBATTEN	46
PARLAMENT ALS OFFENES HAUS	47
DIE PARLAMENTS BIBLIOTHEK	47
LIVESTREAM	47
VERANSTALTUNGEN	48
BESUCHER UND GÄSTE	51
PARLAMENT INTERREGIONAL UND INTERNATIONAL	54
ÅLAND-INSELN	54
SCHWEIZ, DEUTSCHLAND, ÖSTERREICH	54
FLANDERN	55
FÖDERATION WALLONIE-BRÜSSEL	55
CALRE	55
TREFFEN DER PARLAMENTS PRÄSIDENTEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN LÄNDER	55
IPR GROSSREGION	56
PARLAMENT IN ZAHLEN	59

PARLAMENT

FRAKTIONEN

Im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind sechs politische Parteien und Bewegungen vertreten. Die 25 Abgeordneten wurden am 25. Mai 2014 direkt von den Wählern der DG bestimmt.

Sitzverteilung: Politische Partei/Bewegung Anzahl Sitze

CSP	7
ProDG	6
SP	4
PFF	4
VIVANT	2
ECOLO	2
Total	25

Die Parlamentsmitglieder haben sich zu Fraktionen zusammengeschlossen. Eine *nicht anerkannte* Fraktion setzt sich aus zwei Parlamentsmitgliedern und eine *anerkannte* Fraktion aus mindestens drei Mitgliedern zusammen. Die Bezeichnung als anerkannte oder nicht anerkannte Fraktion beeinflusst die Höhe der Finanzierung der Funktionskosten und wirkt sich in beschränkterem Maße auf das Rede-, Stimm- und Antragsrecht aus.

Anerkannte Fraktionen sind CSP, ProDG, PFF und SP.
Nicht anerkannte Fraktionen sind VIVANT und ECOLO.

CSP-Fraktion

7 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 47 | F +32 (0)87/31 84 48

info@csp.pdg.be

http://www.csp-dg.be/

Fraktionsvorsitzender: Daniel Franzen

daniel.franzen@pdg.be



ProDG-Fraktion

6 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 55 | F +32 (0)87/31 84 56

info@prodg.pdg.be

http://www.prodg.be/

Fraktionsvorsitzender: Alfons Velz

alfons.velz@pdg.be



SP-Fraktion

4 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 61 | F +32 (0)87/31 84 62

info@sp.pdg.be

http://www.sp-dg.be/

Fraktionsvorsitzender: Charles Servaty

charles.servaty@pdg.be



PFF-Fraktion

4 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 67 | F +32 (0)87/31 84 68

info@pff.pdg.be

http://www.pff.be/

Fraktionsvorsitzender: Gregor Freches

gregor.freches@pdg.be



VIVANT-Fraktion

2 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 73 | F +32 (0)87/31 84 74

info@vivant.pdg.be

http://www.vivant-ostbelgien.org/

Fraktionsvorsitzender: Michael Balter

michael.balter@pdg.be



ECOLO-Fraktion

2 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 77 | F +32 (0)87/31 84 78

info@ecolo.pdg.be

http://www.ecolodg.be/

Fraktionsvorsitzender: Freddy Mockel

freddy.mockel@pdg.be



MITGLIEDER

In der Sitzungsperiode 2015-2016 wurden zwei Abgeordnete ersetzt:

Am 1. September 2015 trat der ehemalige Parlamentspräsident und langjährige Abgeordnete Louis Siquet (SP) von seinem Amt zurück; Marcel Strougmayer wurde mit der Eidesleistung am 15. September 2015 in das Parlament berufen.

Am 18. September 2015 reichte Friedrich Wirtz (ProDG) seinen Rücktritt ein. Liesa Scholzen wurde am 21. September 2015 als seine Nachfolgerin vereidigt.



Eidesleistung Marcel Strougmayer



Eidesleistung Liesa Scholzen

Effektive, stimmberechtigte Mandatare

(in alphabetischer Reihenfolge, Stand 01.07.2016)

Vorname	Name	Funktion	Partei
Michael	Balter	Mitglied des PDG	VIVANT
Mirko	Braem	Mitglied des PDG	CSP
Freddy	Cremer	Mitglied des PDG	ProDG
Patricia	Creutz-Vilvoye	Mitglied des PDG	CSP
Marion	Dhur	Mitglied des PDG	CSP
Luc	Frank	Mitglied des PDG	CSP
Daniel	Franzen	Mitglied des PDG	CSP
Franziska	Franzen	Mitglied des PDG	ECOLO
Gregor	Freches	Mitglied des PDG	PFF
Christoph	Gentges	Mitglied des PDG	PFF
Herbert	Grommes	2. Sekretär des PDG	CSP
Evelyn	Jadin	Mitglied des PDG	PFF
Lydia	Klinkenberg	2. Vizepräsidentin des PDG	ProDG
Karl-Heinz	Lambertz	Präsident des PDG	SP
Alain	Mertes	Mitglied des PDG	VIVANT
Alexander	Miesen	3. Vizepräsident des PDG	PFF
Freddy	Mockel	Mitglied des PDG	ECOLO
Robert	Nelles	1. Vizepräsident des PDG	CSP
Kirsten	Neycken-Bartholemy	Mitglied des PDG	SP
Wolfgang	Reuter	Mitglied des PDG	ProDG
Petra	Schmitz	1. Sekretärin des PDG	ProDG
Charles	Servaty	Mitglied des PDG	SP
Marcel	Strougmayer	Mitglied des PDG	SP
Alfons	Velz	Mitglied des PDG	ProDG
Liesa	Scholzen	Mitglied des PDG	ProDG

Beratende, nicht stimmberechtigte Mandatare

(in alphabetischer Reihenfolge, Stand 01.07.2016)

Vorname	Name	Funktion	Partei
Pascal	Arimont	Europaabgeordneter	CSP
Katrin	Jadin	Kammerabgeordnete	PFF
Anne	Marenne-Loiseau	Provinzialrätin	CSP
Jenny	Baltus-Möres	Regionalabgeordnete	PFF
Hans	Niessen	Provinzialrat	ECOLO
Alfred	Ossemann	Provinzialrat	SP
Edmund	Stoffels	Regionalabgeordneter	SP
Bernard	Zacharias	Provinzialrat	PFF

PARLAMENTARIER



Mirko Braem



Patricia
Creutz-Vilvoye



Marion Dhur



Luc Frank



Daniel Franzen
Fraktionsvorsitzender



Herbert Grommes



Robert Nelles



Franziska Franzen



Freddy Mockel
Fraktionsvorsitzender



Gregor Freches
Fraktionsvorsitzender



Christoph Gentges



Evelyn Jadin



Alexander Miesen
Senator



Freddy Cremer



Lydia Klinckenberg



Wolfgang Reuter



Petra Schmitz



Liesa Scholzen



Alfons Velz
Fraktionsvorsitzender



Karl-Heinz Lambert
Präsident



Kirsten
Neycken-Bartholemy



Charles Servaty
Fraktionsvorsitzender



Marcel Strougmayr



Michael Balter
Fraktionsvorsitzender



Alain Mertes



BERATENDE MANDATARE



Pascal Arimont
CSP



Kattrin Jadin
PFF



Jenny Baltus-Möres
PFF



Edmund Stoffels
SP



Anne Marenne-Loiseau
CSP



Hans Niessen
ECOLO



Alfred Ossemann
SP



Bernard Zacharias
PFF

ARBEITSSTRUKTUR

PLENUM

In der Regel treffen alle 25 Mitglieder des Parlaments einmal im Monat zu einer Plenarsitzung zusammen. Ausnahme bildet der Monat Dezember, in dem für die Haushaltssitzungen gleich drei Plenarsitzungen vorgesehen werden.

In der Sitzungsperiode 2015-2016 fanden 13 Plenarsitzungen statt:

Dienstag, 15.09.2015
Montag, 21.09.2015

Montag, 26.10.2015
Montag, 23.11.2015
Montag, 14.12.2015
Dienstag, 15.12.2015
Donnerstag, 17.12.2015
Montag, 25.01.2016
Montag, 22.02.2016
Montag, 21.03.2016
Montag, 25.04.2016
Montag, 30.05.2016
Montag, 20.06.2016

Die wichtigsten Entscheidungen des Plenums betreffen:

- die Wahl und die Kontrolle der Regierung,
- die Verabschiedung von Dekreten (Gesetzen) für die Deutschsprachige Gemeinschaft¹,
- die jährliche Verabschiedung und Abänderung des Gemeinschaftshaushalts.



¹ Siehe Anlage I

PRÄSIDIUM

Aufgaben

Der Präsident leitet die Tätigkeiten des Parlaments und vertritt das Haus nach außen.

Das Parlamentspräsidium entscheidet über die interne Organisation des Parlaments und plant die Sitzungen. Jede anerkannte Fraktion ist im Verhältnis zu ihrer Stärke im Präsidium vertreten.

Nach dem Rücktritt von Friedhelm Wirtz wählte das Parlament Petra Schmitz zur neuen 1. Sekretärin.

Vorname	Name	Funktion
Karl-Heinz	Lambertz	Präsident des PDG
Robert	Nelles	1. Vizepräsident des PDG
Lydia	Klinkenberg	2. Vizepräsidentin des PDG
Alexander	Miesen	3. Vizepräsident des PDG
Petra	Schmitz	1. Sekretärin des PDG
Herbert	Grommes	2. Sekretär des PDG

An Sitzungen des „erweiterten Präsidiums“ nehmen zusätzlich auch alle Fraktions- und Ausschussvorsitzenden teil. Das erweiterte Präsidium

legt beispielsweise die Tagesordnung der Plenarsitzungen und den Arbeitsplan des Parlaments fest.

Fraktionsvorsitzende

Daniel Franzen	CSP
Alfons Velz	ProDG
Charles Servaty	SP
Gregor Freches	PFF
Michael Balter	VIVANT
Freddy Mockel	ECOLO

An den Sitzungen des Präsidiums und des erweiterten Präsidiums nimmt auch der Greffier des Parlaments, Stephan Thomas, mit beratender Stimme teil.

AUSSCHÜSSE

Allgemeines

Nach der Konstituierung des Parlaments werden die ständigen Ausschüsse eingesetzt, deren Aufgabengebiete festgelegt und die Zusammensetzung bestimmt. Die Ausschüsse werden nach dem System der verhältnismäßigen Vertretung der Fraktionen gebildet, wobei jede anerkannte Fraktion des Parlaments vertreten sein muss.

Die Ausschussarbeit bildet eine wichtige Säule der parlamentarischen Arbeit. In den Parlamentsausschüssen wird die gesetzgeberische Arbeit vorbereitet. Dekretvorlagen werden in kleinem Kreis vorgestellt, analysiert, diskutiert und abgeändert. Dazu holen die Ausschüsse häufig auch die Meinung von Experten, Betroffenen und Interessenvertretern ein. Nach den Beratungen verabschiedet der Ausschuss einen Text, der als Grundlage für die Verabschiedung eines Beschlusses im Plenum dient.

Für die Legislaturperiode 2014-2019 wurden fünf Ausschüsse eingesetzt.



Die Arbeitsbereiche der jeweiligen Ausschüsse orientieren sich an den Zuständigkeitsbereichen der vier Regierungsmitglieder. Die Ausschüsse tagen wöchentlich, außer Ausschuss V, der nur bei Bedarf zusammentritt.

Die ständigen Ausschüsse sind:

- Ausschuss I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit,

- Ausschuss II für Kultur, lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung,
- Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung,
- Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales,
- Ausschuss V zur Kontrolle der Wahlausgaben und der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

VERWALTUNG DES PARLAMENTS

EINLEITUNG

Ein Parlament kann nicht ohne administrativen Unterbau funktionieren. Es benötigt Verwaltungsbeamte, die die Sitzungen vorbereiten und betreuen, die Beschlussvorlagen und die dazugehörige Dokumentation aufbereiten, die Abgeordneten bei ihrer Arbeit beraten, alle statutarischen Fragen regeln und die parlamentarische Arbeit in die Öffentlichkeit tragen. Daneben müssen aber auch das Gebäude, die Sitzungsräume, die Büros und die technische Infrastruktur unterhalten und gepflegt werden.

Gemäß Artikel 26 der neuen Geschäftsordnung regelt das Präsidium alle administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments, seiner Organe und der Parlamentsverwaltung. Auf dieser Grundlage legt es beispielsweise das Organigramm der Parlamentsverwaltung und den jährlichen Haushaltsplan des Parlaments fest.

HAUSHALTSPLAN DES PARLAMENTS

Die Kosten des DG-Parlaments als gesetzgebende Institution werden mit Mitteln aus dem Gemeinschaftshaushalt und gegebenenfalls aus der parlamentseigenen Reserve bestritten. Das Parlamentspräsidium verabschiedet jährlich einen Haushaltsplan, der die Einnahmen und die Ausgaben für das kommende Jahr auflistet.

Haushaltsjahr 2015

Für das Haushaltsjahr 2015 wurden Einnahmen in Höhe von 6.480.500,20 Euro und Ausgaben in Höhe von 6.290.198,98 Euro verbucht.

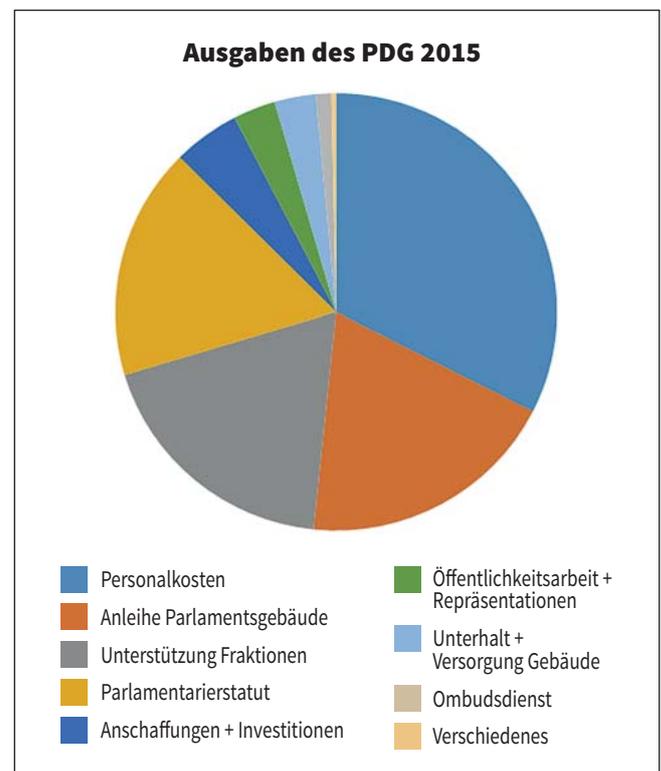
Die ursprüngliche Schätzung der Ausgaben lag bei 6.477.000,00 Euro.

Die im Jahr 2015 getätigten Ausgaben können wie folgt aufgeschlüsselt werden:

Bereich	Betrag (Euro)	%
Personalkosten	1.999.885,99	31,7
Tilgung Anleihe Parlamentsgebäude	1.177.284,16	18,7
Unterstützung der Fraktionen	1.152.500,04	18,3
Parlamentarierstatut	1.054.255,64	16,7
Investitionen + größere Anschaffungen	301.144,63	4,7
Öffentlichkeitsarbeit + Repräsentationen	191.646,10	3,0
Unterhalt + Versorgung Gebäude	185.814,50	2,9
Funktionskosten	136.737,03	2,2
Ombudsdienst	69.640,82	1,1
Verschiedenes	21.290,07	0,7
Gesamt	6.290.198,98	

Haushaltsjahr 2016

Für das Haushaltsjahr 2016 hat das Präsidium einen ausgeglichenen Haushalt veranschlagt: Die geschätzten Einnahmen und Ausgaben belaufen sich auf jeweils 6.624.000,00 Euro.



VERWALTUNGSPERSONAL

Die Mitarbeiter der Parlamentsverwaltung unterstützen das Parlament und seine Organe bei der parlamentarischen Arbeit.

Organisation der Dienste

An der Spitze der Parlamentsverwaltung steht der Greffier. Er unterzeichnet gemeinsam mit dem Parlamentspräsidenten alle Beschlüsse des Parlaments und des Präsidiums und sorgt für deren Ausführung. Bei seiner Arbeit wird der Greffier durch den Direktionsrat unterstützt, dem er selber und die Dienstleiter angehören.

Greffier: Stephan Thomas

Die Parlamentsverwaltung ist in vier Diensten organisiert:

Dienst 1: Ausschüsse

Der Dienst „Ausschüsse“ ist im Wesentlichen für die Planung, Durchführung und Betreuung der Sitzungstätigkeiten der ständigen Ausschüsse im DG-Parlament zuständig.

Dienstleiterin: Eva Johnen

Dienst 2: Expertise und Publikationen

Der Dienst „Expertise und Publikationen“ zeichnet verantwortlich für die korrekte Erstellung aller Parlamentsdokumente. Gleichzeitig ist der Dienst auch Anlaufstelle für juristische Gutachten, Übersetzungsarbeiten und die sprachliche Prüfung.

Dienstleiterin: Gaby Modard-Girretz

Dienst 3: Verwaltung

Der Dienst „Verwaltung“ regelt die interne Organisation des Parlaments, betreut die Buchhaltung des Hauses, verwaltet die Finanzmittel sowie die Infrastruktur und regelt alle statutarischen Fragen für Mitarbeiter und Abgeordnete.

Dienstleiter: Guido Belleflamme (bis 31.07.2016), Daniel Brandt (ab 01.08.2016)

Dienst 4: Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation

Der Dienst „Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation“ kommuniziert die Parlamentsarbeit nach außen, betreut Besuchergruppen und organisiert Veranstaltungen. Auch die Parlamentsbibliothek ist dem Dienst angegliedert.

Dienstleiterin: Myriam Pelzer

Durch die Reform der parlamentarischen Arbeitsweise wurden auch die Verwaltungsstruktur und die Aufgabenverteilung nach Diensten angepasst.

Personalstruktur (Stand 01.07.2016)

Zurzeit arbeiten insgesamt 36 Personen in der Parlamentsverwaltung. Nachfolgend ist die Zusammensetzung des Mitarbeiterstabs nach Ausbildungsgrad und nach administrativem Statut aufgeschlüsselt:

Mitarbeiter pro Stufe (Vollzeitäquivalenz)	Anzahl
Stufe 1 (Master)	10,1
Stufe 2+ (Bachelor)	4,6
Stufe 2 (Abitur)	12,5
Stufe 3 (Sonstiges)	3,73
TOTAL	30,93

Mitarbeiter nach Statut	Anzahl
Beamte	26
Vertragliche	9
Senat	1
TOTAL	36

Zugänge und Abgänge

In der Sitzungsperiode 2015-2016 wurden zwei neue Mitarbeiter unter Vertrag genommen, um schwangerschaftsbedingte bzw. teilzeitbedingte Abwesenheiten auszugleichen: eine Juristin und eine Kraft für die Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus wurde zusätzlich eine polyvalente Arbeitskraft angestellt.

Gleichzeitig trat Dienstleiter Guido Belleflamme am 31. Juli 2016 nach über 40 Jahren im Dienst des Parlaments in den Ruhestand. Guido Belleflamme war seit dem 1. Dezember 1973 mit dabei und zählt zu den Pionieren des Aufbaus der Parlamentsverwaltung und der Parlamentsarbeit im Allgemeinen in der DG. An dieser Stelle gilt ihm ausdrücklich der Dank der Abgeordneten und der Kollegen.



Guido Belleflamme

PARLAMENTSGEBÄUDE

Endgültige Abrechnung der Um- und Ausbaurbeiten

Das Parlament ist am 18. Oktober 2013 in das neue Parlamentsgebäude am Platz des Parlaments 1 umgezogen. Bevor der neue Sitz bezogen werden konnte, waren umfangreiche Um- und Ausbaurbeiten am landläufig Sanatorium genannten Gebäude erforderlich.

Am 4. Januar 2016 konnte schließlich die Schlussabrechnung für diese Bauarbeiten erstellt werden, nachdem alle definitiven Abnahmen vorgenommen und die letzten Rechnungen geprüft und beglichen wurden.

Wie aus der nachfolgenden Aufstellung ersichtlich wurde das im Jahr 2010 ursprünglich veranschlagte Budget um 412.804,62 Euro überschritten (+2,48%).

Baukosten (in Euro)

auf Grundlage des vom Präsidium am 20.08.2010 genehmigten Projekts

Baukosten (Aufträge + Nachträge)	Netto (1)	11.605.965,94
	MwSt. ²	2.433.444,75
	Gesamt (2)	14.039.410,69
Baunebenkosten	Netto (3)	2.859.972,86
	MwSt.	565.342,95
	Gesamt (4)	3.425.315,81
Gesamtkosten	Netto (1+3)	14.465.938,80
	MwSt.	2.998.787,70
	Gesamt (2+4)	17.464.726,50
Kostenbeteiligungen	BRF (Außenanlagen)	-377.721,85
	Stadt Eupen (Kanal)	-24.200,00
Gesamtkosten		17.062.804,65
Urspr. Budget		16.650.000,00
Mehrkosten		412.804,65 ³ + 2,48%

² Der Berechnung liegen aufgrund des Herkunftslandes der Auftragnehmer unterschiedliche MwSt.-Sätze zugrunde.

³ Bei Bezug des Gebäudes am 18.10.2013 wurden die Mehrkosten auf 860.000 Euro geschätzt.

REGIERUNG



Die Regierung besteht aus vier Mitgliedern: dem Ministerpräsidenten und drei Ministern. Die Regierung wird nicht vom Volk gewählt, sondern vom Parlament. Das Parlament hat zur Aufgabe, stellvertretend für die Bevölkerung, die Arbeit der Regierung zu kontrollieren. Die Regierungsmitglieder legen ihren Eid vor dem Parlamentspräsidenten ab.

Das parlamentarisch-demokratische System der Gewaltenteilung ist ein System des gegenseitigen Überprüfens und des Ausgleichs. Weder die Exekutiv- noch die Legislativgewalt können die großen politischen Linien der Gemeinschaft ohne die Mitwirkung der jeweils anderen Gewalt festlegen. Die Regierung legt zu Beginn ihrer Tätigkeit ein Arbeitsprogramm vor, das sie umsetzen möchte. Für viele Maßnahmen dieses Programms sind Dekrete als gesetzliche Grundlage notwendig. Hier ist die Regierung auf die enge Zusammenarbeit mit dem Parlament angewiesen.

Oliver Paasch (ProDG),
Ministerpräsident

Isabelle Weykmans (PFF),
Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin
für Kultur, Beschäftigung und
Tourismus

Antonios Antoniadis (SP),
Minister für Familie, Gesundheit und
Soziales

Harald Mollers (ProDG),
Minister für Bildung und wissen-
schaftliche Forschung

FORTSETZUNG DER REFORM DER PARLAMEN- TARISCHEN ARBEITSWEISE

Erste Bilanz

Nach den Wahlen beschloss das Parlament, seine Arbeitsweise zu reformieren. In der Sitzungsperiode 2014-2015 wurden dazu entsprechende Beschlüsse gefasst.

Zur Erinnerung: Die Reformmaßnahmen betreffen im Wesentlichen das Kerngeschäft des Parlaments, d. h. die Gesetzgebungsarbeit, die Verabschiedung der Haushaltspläne und Rechnungen sowie die Kontrolle der Regierung. In organisatorischer Hinsicht verfolgt die Reform das Ziel, die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten und der Fraktionen zu verbessern, sodass sie ihrer Aufgabe als Volksvertreter besser gerecht werden können. Ein letzter Schwerpunkt der Reform betrifft die Öffentlichkeitsarbeit und die Außenwirkung des Parlaments.

Zu Beginn der Sitzungsperiode 2015-2016 wurde eine erste Bilanz der Reform gezogen. Dazu fanden Gespräche mit den Ausschussvorsitzenden und den Medienvertretern statt. Die Fraktionen und die Parlamentsverwaltung legten ihrerseits eine Rückmeldung zur Umsetzung der Reform vor. Zusammenfassend kann man zweifelsohne sagen, dass die Bilanz durchweg positiv ausfällt. Die Arbeitsbedingungen der Parlamentarier konnten erheblich verbessert werden. Die einzelnen Instrumente zur Regierungskontrolle und zur Gesetzgebungsarbeit wurden optimiert.

Allerdings stellte das Parlamentspräsidium auch einen gewissen Nachjustierungsbedarf fest. In der Folge wurden dazu entsprechende Initiativen ergriffen. So wurden die Beschlüsse über die Bezüge und die Pensionsregelung der Parlamentarier punktuell abgeändert und der Stellenplan der Parlamentsverwaltung angepasst.

Neufassung der Geschäftsordnung

Eine weitreichende Maßnahme zur Vollendung der Parlamentsreform stellt die Neufassung der Geschäftsordnung des Parlaments dar. Am 30. Mai 2016 verabschiedete die Plenarversammlung eine vollständig überarbeitete Fassung der Geschäftsordnung, nachdem der für allgemeine Politik zuständige Ausschuss I eine umfassende Analyse der einzelnen parlamentarischen Verfahren vorgenommen hatte.

Von der Form her wurde die neue Geschäftsordnung übersichtlicher und verständlicher gestaltet: Inhaltlich zusammenhängende, jedoch bisher disparat aufgeführte Bestimmungen wurden zusammengeführt und präzisiert. Darüber hinaus wurde eine einheitliche, dem aktuellen Autonomiestatut der Deutschsprachigen Gemeinschaft angepasste Terminologie eingeführt.

Inhaltlich wurden vor allem die Rechte der Parlamentarier in Bezug auf die Kontrolle und die Informati-

onspflicht der Regierung gestärkt. Zudem wurden die Organisation und die Arbeitsweise der einzelnen Parlamentsgremien präzisiert. Eine weitere Neuerung betrifft die Außenbeziehungen des Parlaments, die erstmals ausführlich und in einem getrennten Titel beschrieben werden.

Die neue Geschäftsordnung tritt am 1. September 2016 in Kraft.

Ausübung der konstitutiven Autonomie

Auf der Grundlage der konstitutiven Autonomie verabschiedete das Parlament am 30. Mai 2016 erstmals ein Sonderdekret zur Regelung bestimmter Aspekte seiner Arbeitsweise. So wurde die Verfahrensweise zur Wahl des Präsidiums reformiert, das Datum der ersten Plenarversammlung zu Beginn einer jeden Sitzungsperiode verändert und die für die Hinterlegung von Kandidatenlisten benötigte Anzahl Unterschriften von Abgeordneten reduziert (von derzeit drei auf künftig zwei). Die bedeutendste Ver-



Ph. Roland, Vorsitzender des Rechnungshofes und Parlamentspräsident K.H. Lambertz

änderung stellt jedoch die Einführung einer Unvereinbarkeit zwischen dem Amt des Bürgermeisters und dem Parlamentariermandat dar.

Erweiterung der Zuständigkeiten des Ombudsmanns

Zur Reform der parlamentarischen Arbeit kann auch die am 25. Januar 2016 vom Parlament verabschiedete Anpassung des Dekrets vom 26. Mai 2009 zur Schaffung des Amtes eines Ombudsmanns für die Deutschsprachige Gemeinschaft gezählt werden. Bisher war der Ombudsmann ausschließlich für Beschwerden gegen die Amtshandlungen der Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft zuständig. Seit dem Inkrafttreten dieser Anpassung am 17. März 2016 ist er auch zuständig für Beschwerden gegen die Amtshandlungen der lokalen Behörden und der Einrichtungen mit einem Auftrag im öffentlichen Interesse der DG. Darüber hinaus wurde ihm eine beratende und begleitende Aufgabe in Bezug auf Beschwerden gegen alle Behörden und Einrichtungen übertragen, die nach Ansicht der Beschwerdeführer die Gesetzgebung über den Sprachengebrauch missachten.

Zusammenarbeit mit der Regierung

Zu den Reformmaßnahmen zählt darüber hinaus auch die Vereinbarung über die verwaltungstechnische Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und seiner Verwaltung einerseits und der Regierung und dem Ministerium andererseits, die am



Parlament und Regierung vereinbaren Kooperation

20. Juni 2016 vom Parlamentspräsidenten und vom Ministerpräsidenten unterzeichnet wurde.

Im Hinblick auf einen möglichst effektiven, effizienten und wirtschaftlichen Einsatz der Finanz- und Personalmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird die Zusammenarbeit auf verwaltungstechnischer Ebene intensiviert. Die Kooperation betrifft Bereiche wie das Gesetzgebungsverfahren, die Öffentlichkeitsarbeit, die Außenbeziehungen und die Verwaltungsabläufe.

Zusammenarbeit mit dem Rechnungshof

Mit der Unterzeichnung eines Protokolls in Bezug auf die Kontrolle der

Rechnungen des Parlaments und der Parlamentsfraktionen durch den Rechnungshof am 20. Juni 2016 wurde eine weitere Maßnahme zur Reform der parlamentarischen Arbeitsweise zum Abschluss gebracht.

Ende 2014 hat das Parlament beschlossen, die Finanzen der Fraktionen künftig auch durch den Rechnungshof prüfen zu lassen. Nach eingehenden Gesprächen mit diesem Kontrollorgan konnte dazu nun ein entsprechendes Protokoll verabschiedet werden, das die Regeln zur Verfahrensweise festlegt. Im selben Atemzug wurde für die de facto schon stattfindende Kontrolle der Rechnungen des Parlaments durch den Rechnungshof eine rechtliche Grundlage geschaffen.

LEGISLATIVE ARBEIT

ALLGEMEINES

Die gesetzgeberische Tätigkeit ist die Kernaufgabe des Parlaments, die sich im Wesentlichen in der Verabschiedung von sogenannten „Dekreten“ niederschlägt. Dekrete sind Gemeinschaftsgesetze. Das Parlament legt darin Regeln in Bezug auf die Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft fest.

Im Zuge der sechsten Staatsreform sind die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft weiter ausgedehnt worden. Dabei wurden vor allem Befugnisse in Sachen Gesundheits- und Sozialpolitik vom Föderalstaat an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen. Die Wallonische Region übertrug der Deutschsprachigen Gemeinschaft Befugnisse in Sachen Gemeinden und Tourismus.

Gemeinschaftszuständigkeiten

Auszug aus der Belgischen Verfassung:

Art. 130 – §1 – Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft regelt durch Dekret:

1. die kulturellen Angelegenheiten;
2. die personenbezogenen Angelegenheiten;
3. das Unterrichtswesen in den in Artikel 127 §1 Absatz 1 Nummer 2 bestimmten Grenzen;
4. die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften sowie die internationale Zusammenarbeit, einschließlich des Abschlusses von Verträgen, in den unter den Nummern 1, 2 und 3 erwähnten Angelegenheiten;
5. den Gebrauch der Sprachen für den Unterricht in den von den öffentlichen Behörden geschaffenen, bezuschussten oder anerkannten Einrichtungen.

Das Gesetz legt die unter den Nummern 1 und 2 erwähnten kulturellen und personenbezogenen Angelegenheiten fest sowie die unter Nummer 4 erwähnten Formen der Zusammenarbeit und die Art und Weise, wie die Verträge abgeschlossen werden.

§2 – Diese Dekrete haben Gesetzeskraft im deutschen Sprachgebiet.

Als kulturelle Angelegenheiten zählen:

- der Schutz und die Veranschaulichung der Sprache,
- die Förderung der Ausbildung von Forschern,
- die schönen Künste,
- das Kulturerbe, Museen und sonstige wissenschaftlich-kulturelle Einrichtungen,
- Bibliotheken, Diskotheken und ähnliche Dienste,
- Rundfunk und Fernsehen sowie die Unterstützung der Schriftpresse,
- die inhaltlichen und technischen Aspekte der audiovisuellen und auditiven Mediendienste,
- die Jugendpolitik,
- die ständige Weiterbildung und die kulturelle Animation,
- die Leibeserziehung, der Sport und das Leben im Freien,
- die Freizeitgestaltung,
- die vorschulische Ausbildung in den Verwahrschulen,
- die nachschulische und neben schulische Ausbildung,
- die Kunstausbildung,
- die intellektuelle, moralische und soziale Ausbildung,
- die Förderung des sozialen Aufstiegs,
- die berufliche Umschulung und Fortbildung,
- Systeme dualer Ausbildung, in denen eine praktische Ausbildung am Arbeitsplatz im Wechsel durch eine Ausbildung in einer Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung ergänzt wird.

Das Unterrichtswesen umfasst:

- die Organisation des Unterrichts (alle Stufen und Netze),
- die Festlegung der Unterrichtsinhalte und die Ausgabe von Diplomen,

- die Pädagogik,
- das Dienstrecht des Personals,
- die Finanzierung des Unterrichtswesens,
- die Schulinfrastruktur und den Schülertransport,
- den Sprachengebrauch im Unterricht,
- die wissenschaftliche Forschung.

Personenbezogene Angelegenheiten sind:

die Gesundheitspolitik, nämlich

- die Pflegeleistung innerhalb und außerhalb von Pflegeanstalten, einschließlich der Finanzierung von Bau-, Renovierungs- und Unterhaltsarbeiten der Krankenhäuser sowie der Finanzierung des schweren medizinischen Geräts,
- die geistige Gesundheitspflege in anderen Pflegeanstalten als Krankenhäusern,
- die Pflegeleistung in Altenheimen, einschließlich einzelner Geriatriedienste,
- die Pflegeleistung in einzelnen spezialisierten Rehabilitations- und Behandlungsdiensten,
- die Langzeitrehabilitation (long term care),
- die Organisation der primären Gesundheitspflege und die Unterstützung der Berufe im Bereich der primären Gesundheitspflege,
- die Zulassung und das Kontingent der Gesundheitspflegeberufe,
- die Gesundheitserziehung und die Tätigkeiten und Dienstleistungen im Bereich der Präventivmedizin,

der Personenbeistand, darunter

- die Familienpolitik einschließlich aller Formen von Hilfe und Unterstützung für Familien und Kinder,

- die Auszahlung von Familienzulagen (Kindergeld, Geburtsprämien und Adoptionsprämien),
- die Sozialhilfepolitik einschließlich der grundlegenden Rechtsvorschriften über die öffentlichen Sozialhilfezentren,
- die Aufnahme- und Integrationspolitik gegenüber Einwanderern,
- die Behindertenpolitik einschließlich der beruflichen Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Behinderten und die Mobilitätshilfsmittel,
- die Seniorenpolitik,
- der Jugendschutz einschließlich des sozialen Schutzes und des gerichtlichen Schutzes und der Maßnahmen für straffällige Jugendliche,
- die Sozialhilfe für Gefangene im Hinblick auf ihre soziale Wiedereingliederung,
- die Organisation, die Arbeitsweise und die Aufgaben der Justizhäuser und des Dienstes, der für die Durchführung und die Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung zuständig ist,
- der erste juristische Beistand,
- die Filmkontrolle im Hinblick auf den Zutritt Minderjähriger zu Kinosälen.

Als auswärtige Beziehungen gelten:

- die Aushandlung, der Abschluss und die Billigung von innerbelgischen und internationalen Kooperationsabkommen und Verträgen in den Zuständigkeitsbereichen der DG,
- die Umsetzung von EU-Politik und Völkerrecht.

Durch die sechste Staatsreform erhielt die Deutschsprachige Gemeinschaft auch die konstitutive Autonomie, d. h. die Deutschsprachige Gemeinschaft kann selbst über bestimmte Aspekte der Organisation und Funktionsweise von Parlament und Regierung (z. B. die Anzahl Minister und Parlamentarier) sowie über gewisse Punkte der Gemeinschaftswahlen (z. B. die Wahlkreise und die Regelung der Übertragung der Listenstimmen bei der Sitzverteilung) entscheiden.

Regionale Zuständigkeiten

Auszug aus der Belgischen Verfassung:

Art. 139 – Auf Vorschlag ihrer jeweiligen Regierung können das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft und das Parlament der Wallonischen Region in gegenseitigem Einvernehmen und jedes durch Dekret beschließen, dass das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im deutschen Sprachgebiet Befugnisse der Wallonischen Region ganz oder teilweise ausüben.

Diese Befugnisse werden je nach Fall im Wege von Dekreten, Erlassen oder Verordnungen ausgeübt.

Die Übertragung der Ausübung von regionalen Zuständigkeiten, so wie sie in Artikel 139 der Verfassung vorgesehen ist, wurde bisher fünfmal per Dekret vollzogen. Das Parlament

übt deshalb auch gesetzgeberische Zuständigkeiten in folgenden Bereichen aus:

- Denkmal- und Landschaftsschutz (1994) sowie Ausgrabungen (1999)
- Beschäftigungspolitik (1999 und 2015)
- Regelung, Organisation und Finanzierung der kommunalen und intrakommunalen Einrichtungen des deutschen Sprachgebiets sowie der Kirchenfabriken und Einrichtungen zur Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte, der Bestattungen und Grabstätten (2004, 2009 und 2014)
- Tourismus (durch Rückübertragung nach der sechsten Staatsreform (2014))

VERWALTUNGSBESCHLÜSSE UND ARTIKULIEREN VON POLITISCHEN MEINUNGEN

Neben der rein legislativen Arbeit verabschiedet das Parlament auch andere Beschlüsse, die im Wesentlichen auf dieselbe Art und Weise wie Dekrete vorbereitet, besprochen und verabschiedet werden.

Dabei handelt es sich zum einen um interne Beschlüsse zur Organisation der parlamentarischen Arbeit und zur Regelung des Statuts der Abgeordneten und der Verwaltungsmitarbeiter.

Zum anderen verabschiedet das Parlament Resolutionen und Stellungnahmen, die politische Aussagen, Aufforderungen, Empfehlungen, Absichten oder Ähnliches enthalten und nicht rechtsverbindlich sind.

Schließlich gibt das Parlament Gutachten zu föderalen Gesetzesinitiativen ab, die sich auf das Autonomiestatut und die Sprachengesetzgebung beziehen.

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Die Sitzungsperiode 2015-2016 wurde mit der ersten Plenarsitzung am 15. September 2015 eröffnet und endete am 18. September 2016 um 23 Uhr (Erlass der Regierung zur Schließung der Sitzungsperiode 2015-2016 des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 28. Juni 2016).

Das Parlament tagte dreizehnmal im Plenum und verabschiedete insgesamt 69 Beschlüsse, davon 5 Haushaltsdekrete, 12 Regeldekrete, 16

Zustimmungsdekrete, 3 Bezeichnungen von Personen, 14 Zustimmungen zu Geschäftsführungsverträgen, 4 Gutachten, 7 Resolutionen und 8 Verwaltungsbeschlüsse.

In den Kernzuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurden 12 Regeldekrete verabschiedet:

- Dekret vom 02.11.2015 über die Authentifizierung der Rechtsgeschäfte in Immobilienangelegenheiten der Deutschsprachigen



Abstimmung im Plenum

- Gemeinschaft und der von ihr abhängigen öffentlichen Einrichtungen, Dokument 71 (2015-2016)
 - Dekret vom 23.11.2015 zur Abänderung des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit, Dokument 63 (2015-2016)
 - Dekret vom 23.11.2015 zur Abänderung des Dekrets vom 9. Mai 1994 über Hotel- und Unternehmungsbetriebe, Dokument 83 (2015-2016)
 - Dekret vom 15.12.2015 zur Abänderung verschiedener Dekrete im Hinblick auf die Ausübung gewisser Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Denkmalschutz durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, Dokument 87 (2015-2016)
 - Dekret vom 25.01.2016 zur Abänderung des Dekrets vom 26. Mai 2009 zur Schaffung des Amtes eines Ombudsmanns für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Dokument 52 (2015-2016)
 - Programmdekret 2016 vom 22.02.2016, Dokument 94 (2015-2016)
 - Dekret vom 22.02.2016 zur Bekämpfung des Dopings im Sport, Dokument 98 (2015-2016)
 - Dekret vom 22.02.2016 zur Zustimmung zu dem Übereinkommen zur Gründung des Internationalen Instituts für Demokratie und Wahlhilfe, samt Schlussakte, geschehen zu Stockholm am 27. Februar 1995, so wie am 24. Januar 2006 geändert, Dokument 100 (2015-2016)
 - Dekret vom 21.03.2016 zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen, Dokument 105 (2015-2016)
 - Dekret vom 25.04.2016 über Maßnahmen im Beschäftigungsbereich, Dokument 107 (2015-2016)
 - Sonderdekret vom 30.05.2016 zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft sowie des Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Dokument 124 (2015-2016)
 - Dekret vom 20.06.2016 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2016, Dokument 119 (2015-2016)
 - Dekret vom 20.06.2016 über die Industrielehre, Dokument 126 (2015-2016)
- Insgesamt brachte das Parlament 7 Resolutionen auf den Weg. Sie betreffen:
1. Forderungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika (TTIP), Dokument 46 (2015-2016),
 2. die Straßeninfrastruktur, Dokument 49 (2015-2016),
 3. die Förderung der deutschen Sprache, Dokument 72 (2015-2016),
 4. die Verbesserung der Altersvorsorge und die zusätzliche Sicherung der Pflege älterer Menschen sowie die Unterstützung der Einführung von Seniorenengossen-

- schaften auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Dokument 77 (2015-2016),
5. die Umsetzung des Atomausstiegs und der Abschaltung der schadhafte Reaktoren Tihange 2 und Doel 3, Dokument 99 (2015-2016),
6. das Verfahren der Stimmabgabe bei den Europa-, Föderal-, Regional-, Gemeinschafts- und Provinzialratswahlen, Dokument 112 (2015-2016),
7. die Einführung eines belgien- und EU-weiten Verbots von endokrinen Disruptoren in allen Behältern, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, sowie die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für alle Alltagsgebrauchsgegenstände, die diese Substanzen enthalten, Dokument 102 (2015-2016).
- Die Gutachten betrafen vor allen Dingen Änderungen in der nationalen Gesetzgebung in Ausführung der sechsten Staatsreform und der damit verbundenen Erweiterung der Autonomie für die Deutschsprachige Gemeinschaft.

PARLAMENTS BESCHLÜSSE

Titel	Dokument Nr.	Typ	Verabschiedung
Beschluss zur Wahl des Präsidiums des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Sitzungsperiode 2015-2016	(2015-2016)	VB	15.09.2015
Beschluss zur Wahl des Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Sitzungsperiode 2015-2016	(2015-2016)	VB	15.09.2015
Dekret zur Zustimmung zu dem Sitzabkommen zwischen dem Königreich Belgien und dem Internationalen Institut für Demokratie und Wahlhilfe, geschehen zu Brüssel am 15. Mai 2014	73 (2015-2016)	ZD	21.09.2015
Begründetes Gutachten zu dem Gesetzesvorentwurf zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft	74 (2015-2016)	G	21.09.2015
Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 30. Oktober 2014 zur Bezeichnung der Mitglieder des Verwaltungsrats des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft	36 (2015-2016)	BZ	21.09.2015
Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 16. September 2014 zur Bezeichnung der Vertreter des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im beratenden Interparlamentarischen BeNeLux-Rat für die Legislaturperiode 2015-2019	19 (2015-2016)	BZ	02.11.2015
Resolution an die Föderalregierung, den Rat der Europäischen Union, das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Forderungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika (TTIP)	46 (2015-2016)	R	02.11.2015
Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 15. Juli 2014 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Region, der Wallonischen Region und der Region Brüssel-Hauptstadt, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission von Brüssel-Hauptstadt und der Französischen Gemeinschaftskommission bezüglich der Funktionsweise des Interföderalen Instituts für Statistik sowie des Verwaltungsrates und der wissenschaftlichen Ausschüsse des Instituts für die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	70 (2015-2016)	ZD	02.11.2015
Dekret über die Authentifizierung der Rechtsgeschäfte in Immobilienangelegenheiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der von ihr abhängigen öffentlichen Einrichtungen	71 (2015-2016)	RD	02.11.2015
Dekret zur Zustimmung zu dem Rahmenübereinkommen des Europarates über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft, geschehen zu Faro am 27. Oktober 2005	75 (2015-2016)	ZD	02.11.2015
Dekret zur Zustimmung zu dem Sitzabkommen zwischen dem Königreich Belgien und der BeNeLux-Union, geschehen zu Brüssel am 3. Februar 2012	76 (2015-2016)	ZD	02.11.2015
Resolution an das Parlament der Wallonischen Region, die Regierung der Wallonischen Region und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft betreffend die Straßeninfrastruktur	49 (2015-2016)	R	23.11.2015
Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit	63 (2015-2016)	RD	23.11.2015

Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Tourismusagentur Ostbelgien (2016-2019)	78 (2015-2016)	GV	23.11.2015
Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Autonomen Gemeinderegion „Kultur-, Konferenz- und Messezentrum St. Vith“ betreffend Trägerschaft und Verwaltung des Zentrums Triangel	79 (2015-2016)	GV	23.11.2015
Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Belgischen Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft (BRF) (2015-2019)	80 (2015-2016)	GV	23.11.2015
Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgien V.o.G. (WFG) (2015-2019)	81 (2015-2016)	GV	23.11.2015
Beschluss zur Abänderung des Beschlusses über das Statut der Personalmitglieder der Parlamentsverwaltung vom 25. Mai 2009	82 (2015-2016)	VB	23.11.2015
Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 9. Mai 1994 über Hotel- und Unterkunftsbetriebe	83 (2015-2016)	RD	23.11.2015
Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft	85 (2015-2016)	GV	23.11.2015
Dekret zur Umsetzung der Richtlinie 2014/107/EU des Rates vom 9. Dezember 2014 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung	86 (2015-2016)	ZD	23.11.2015
Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 22. September 2014 zur Bezeichnung der Vertreter des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Euregio-Rat „Maas-Rijn“	23 (2015-2016)	BZ	14.12.2015
Begründetes Gutachten zum Gesetzesvorentwurf zur Abänderung der am 18. Juli 1966 koordinierten Dekrete über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten und zum Entwurf eines königlichen Erlasses zur Ausführung des Artikels 53, Absatz 2, der am 18. Juli 1966 koordinierten Gesetze über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten	84 (2015-2016)	G	14.12.2015
Dekret zur Abänderung verschiedener Dekrete im Hinblick auf die Ausübung gewisser Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Denkmalschutz durch die Deutschsprachige Gemeinschaft	87 (2015-2016)	RD	15.12.2015
Dekret zur dritten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2013 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2014	5-3-HH2014 (2015-2016)	HD	17.12.2015
Dekret zur endgültigen Abrechnung des Haushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2014	6-HH2014 (2015-2016)	HD	17.12.2015
Dekret zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 11. Dezember 2014 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2015	5-2-HH2015 (2015-2016)	HD	17.12.2015
Dekret zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2016	4-HH2016 (2015-2016)	HD	17.12.2015
Beschluss zur Änderung des Parlamentsbeschlusses vom 3. November 2014 zur Festlegung der Bezüge des Präsidenten, des Gemeinschaftssenators, der Mitglieder und der beratenden Mandatare des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft	92 (2015-2016)	VB	17.12.2015
Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 26. Mai 2009 zur Schaffung des Amtes eines Ombudsmanns für die Deutschsprachige Gemeinschaft	52 (2015-2016)	RD	25.01.2016
Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Autonomen Gemeinderegion „TILIA“ betreffend Trägerschaft und Verwaltung des Kulturzentrums „Alter Schlachthof“	89 (2015-2016)	GV	25.01.2016
Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Öffentlichen Sozialhilfzentrum Eupen bezüglich des Zentrums für Sozial-Pädagogische Kinder- und Jugendbetreuung Mosaik	93 (2015-2016)	GV	25.01.2016
Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 15. Mai 2014 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über den Beitritt zum erweiterten Teilabkommen über Sport (EPAS), eingeführt durch die Entschließung CM/Res (2007)8 des Europarats vom 11. Mai 2007, abgeändert am 13. Oktober 2010	95 (2015-2016)	ZD	25.01.2016

Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der VoG S.I.A. (Soziale Integration und Alltagshilfe)	96 (2015-2016)	GV	25.01.2016
Resolution an die föderalen Kammern, die Föderalregierung, das Parlament und die Regierung der Wallonischen Region sowie an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Förderung der deutschen Sprache	72 (2015-2016)	R	22.02.2016
Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsichten Verbraucherschutzzentrale	88 (2015-2016)	GV	22.02.2016
Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Frauenzentrum für Beratung, Bildung und Opferschutz, VoG Prisma für die Jahre 2016-2019	90 (2015-2016)	GV	22.02.2016
Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Dienststelle für Personen mit Behinderung für die Jahre 2015-2019	91 (2015-2016)	GV	22.02.2016
Programmdekret 2016	94 (2015-2016)	RD	22.02.2016
Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen (IAWM) für den Zeitraum 2015-2019	97 (2015-2016)	GV	22.02.2016
Dekret zur Bekämpfung des Dopings im Sport	98 (2015-2016)	RD	22.02.2016
Dekret zur Zustimmung zu dem Übereinkommen zur Gründung des Internationalen Instituts für Demokratie und Wahlhilfe, samt Schlussakte, geschehen zu Stockholm am 27. Februar 1995, so wie am 24. Januar 2006 geändert	100 (2015-2016)	ZD	22.02.2016
Resolution an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Hinblick auf die Verbesserung der Altersvorsorge und zur zusätzlichen Sicherung der Pflege älterer Menschen sowie zur Unterstützung der Einführung von Seniorengenossenschaften auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft	77 (2015-2016)	R	21.03.2016
Resolution an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung des Atomausstiegs und der Abschaltung der schadhaften Reaktoren Tihange 2 und Doel 3	99 (2015-2016)	R	21.03.2016
Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Zeitraum 2015-2019	101 (2015-2016)	GV	21.03.2016
Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 16. April 2007 in Kigali unterzeichneten Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Ruanda zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung und der Steuervermeidung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, geschehen zu Brüssel am 17. Mai 2010	103 (2015-2016)	ZD	21.03.2016
Begründetes Gutachten zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft im Hinblick auf die Regelung der Einführung zusätzlicher Unvereinbarkeiten für die Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft im Hinblick auf die Einführung zusätzlicher Unvereinbarkeiten für die Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der konstitutiven Autonomie und durch eine besondere Mehrheit	104 (2015-2016)	G	21.03.2016
Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen	105 (2015-2016)	RD	21.03.2016
Dekret über Maßnahmen im Beschäftigungsbereich	107 (2015-2016)	RD	25.04.2016
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und dem Europäischen Forstinstitut über die Vorrechte und Immunitäten des Verbindungsbüros des Europäischen Forstinstituts, geschehen zu Brüssel am 9. Oktober 2013	109 (2015-2016)	ZD	25.04.2016
Dekret zur Zustimmung zu dem Sitzabkommen zwischen dem Königreich Belgien und dem Internationalen Tierseuchenamt, geschehen zu Brüssel am 14. März 2013	110 (2015-2016)	ZD	25.04.2016
Dekret zur Zustimmung zu dem Übereinkommen über die Beteiligung der Republik Kroatien am Europäischen Wirtschaftsraum samt Schlussakte und drei dazugehörigen Vereinbarungen, geschehen zu Brüssel am 11. April 2014 und 5. November 2014	111 (2015-2016)	ZD	25.04.2016

Resolution an die Föderalregierung, das Parlament der Wallonischen Region, die Regierung der Wallonischen Region sowie die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Verfahren der Stimmabgabe bei den Europa-, Föderal-, Regional-, Gemeinschafts- und Provinzialratswahlen	112 (2015-2016)	R	25.04.2016
Dekret zur Zustimmung zu dem Sitzabkommen zwischen dem Königreich Belgien und dem Internationalen Zentrum für Migrationspolitikentwicklung, geschehen zu Brüssel am 21. Mai 2008	113 (2015-2016)	ZD	30.05.2016
Dekret zur Zustimmung zu dem Sitzabkommen zwischen dem Königreich Belgien und dem Internationalen Komitee für Militärmedizin, geschehen zu Brüssel am 2. Juni 2008	114 (2015-2016)	ZD	30.05.2016
Dekret zur Zustimmung zu dem Sitzabkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften, geschehen zu Brüssel am 29. Juni 2012 und zu Genf am 9. Juli 2012	115 (2015-2016)	ZD	30.05.2016
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und Bioersity International zur Änderung des in Brüssel am 15. Oktober 2003 unterzeichneten Sitzabkommens zwischen dem Königreich Belgien und dem International Plant Genetic Resources Institute, geschehen zu Brüssel am 3. Dezember 2012	116 (2015-2016)	ZD	30.05.2016
Dekret zur Zustimmung zu dem Sitzabkommen samt Briefwechsel zwischen dem Königreich Belgien und der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation - Interpol (ICPO - Interpol), geschehen zu Lyon am 14. Oktober 2014 und zu Brüssel am 24. Oktober 2014	118 (2015-2016)	ZD	30.05.2016
Begründetes Gutachten zu den Abänderungsvorschlägen zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft im Hinblick auf die Einführung zusätzlicher Unvereinbarkeiten für die Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der konstitutiven Autonomie und durch eine besondere Mehrheit	120 (2015-2016)	G	30.05.2016
Beschluss zur Abänderung des Parlamentsbeschlusses vom 3. November 2014 bezüglich der finanziellen und materiellen Unterstützung der anerkannten Fraktionen, der nicht anerkannten Fraktionen sowie der Fraktionslosen	122 (2015-2016)	VB	30.05.2016
Sonderdekret zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft sowie des Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft	124 (2015-2016)	RD	30.05.2016
Beschluss zur Neufassung der Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft	125 (2015-2016)	VB	30.05.2016
Resolution an die föderalen Kammern, die föderale Regierung, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Regierung des Großherzogtums Luxemburg, das EU-Parlament, die EU-Kommission und den EU-Ministerrat im Hinblick auf die Einführung eines belgien- und EU-weiten Verbots von endokrinen Disruptoren in allen Behältern, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen sowie auf die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für alle Alltagsgebrauchsgegenstände, die diese Substanzen enthalten, und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Unterstützung dieser Forderungen	102 (2015-2016)	R	20.06.2016
Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der VoG Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung für den Zeitraum 2016-2019	117 (2015-2016)	GV	20.06.2016
Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2016	119 (2015-2016)	RD	20.06.2016
Beschluss zur Änderung des Parlamentsbeschlusses vom 1. Februar 2010 zur Festlegung des Stellenplans der Parlamentsverwaltung und zur Änderung des Parlamentsbeschlusses vom 25. Mai 2009 über das Statut der Personalmitglieder der Parlamentsverwaltung	121 (2015-2016)	VB	20.06.2016
Beschluss zur Änderung des Parlamentsbeschlusses vom 25. Juni 1985 zur Pensionsregelung der Parlamentsmitglieder der Deutschsprachigen Gemeinschaft	123 (2015-2016)	VB	20.06.2016
Dekret über die Industrielehre	126 (2015-2016)	RD	20.06.2016
Dekret zur ersten Anpassung des Dekrets vom 17. Dezember 2015 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2016	5-1-HH2016 (2015-2016)	HD	20.06.2016

BZ = Bezeichnung / 3
GV = Geschäftsführungsvertrag / 14
G = Gutachten / 4
HD = Haushaltsdekret / 5
RD = Regeldekret / 12
R = Resolution / 7
VB = Verwaltungsbeschluss / 8
ZD = Zustimmungsdekret / 16

AUSSCHUSSARBEIT

Die Fachausschüsse im Parlament beschäftigen sich mit vielfältigen Themen. Die Parlamentsbeschlüsse werden in den Sitzungen der Ausschüsse vorbereitet. Hinter verschlossener Tür werden Meinungen ausgetauscht, Fragen gestellt und Sachverständige angehört.

In öffentlicher Sitzung findet monatlich die Regierungskontrolle statt. Aktuelle Fragen und Interpellationen werden diskutiert. Die Sitzungen werden im Livestream aufgenommen und können online verfolgt werden.

Neben der Gesetzgebungs- und Kontrollarbeit behandeln die Ausschüsse im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche verstärkt gesellschaftspolitisch relevante Themen, beziehen in dieser Hinsicht die Zivilgesellschaft und die Bürger ein und sorgen für eine entsprechende Berichterstattung.

VORARBEIT IN DEN AUSSCHÜSSEN

Bevor ein Beschluss in der Plenarsitzung verabschiedet wird, findet in den jeweiligen Fachausschüssen ein reger Austausch zum Thema statt. Die Ausschussmitglieder stellen Fragen und formulieren gegebenenfalls Abänderungsvorschläge. Sachverständige werden im Ausschuss oder bei Ortsbesichtigungen angehört. Teils entwickeln die Ausschüsse selbst im Rahmen ihrer Beratungen gesetzgeberische Initiativen oder Appelle an

die Regierungsebene bzw. andere Parlamente in Form von Resolutionsvorschlägen. So verzeichnen alle Ausschüsse in ihren wöchentlichen Sitzungen ein umfangreiches und vielfältiges Arbeitsspektrum.

Auch die Regierungskontrolle findet vor allem im Rahmen von Ausschusssitzungen statt: Aktuelle Fragen, Interpellationen und Themendebatten werden seit Inkrafttreten der Parlamentsreform Anfang 2015 grundsätz-

lich in den zuständigen Fachausschüssen einmal im Monat in öffentlicher Sitzung behandelt.

Neben der Gesetzgebungs- und Kontrollarbeit behandeln die Ausschüsse im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche gesellschaftspolitisch relevante Themen. Hierbei beziehen sie oftmals die Zivilgesellschaft und die Bürger ein und sorgen für eine entsprechende Berichterstattung.

AUSSCHUSS I

FÜR ALLGEMEINE POLITIK, PETITIONEN, FINANZEN UND ZUSAMMENARBEIT

Rückblick

TTIP, CETA, TiSA und der zu diesen Handelspartnerschaften vorliegende Resolutionsvorschlag waren die prägenden Arbeiten des Ausschusses im ersten Quartal der Sitzungsperiode 2015-2016. Bei Anhörungen mit der für den Außenhandel zuständigen EU-Kommissarin Cäcilia Malmström, dem TTIP-Berichterstatter im Europäischen Parlament, Bernd Lange, der Beigeordneten Direktorin des FÖD Auswärtige Angelegenheiten,

Liliane Bloem, den renommierten Wissenschaftlern Johan Adriaensen und Pierre Defraigne sowie Vertretern verschiedener Interessenverbände (u. a. belgischer Unternehmerverband, Corporate Europe Observatory, Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ATTAC DG) informierte sich der Ausschuss umfassend über die viel diskutierten Abkommen. Zu den öffentlichen Anhörungen im Parlament lud der Ausschuss explizit auch interessierte

Bürger ein, sich an der Diskussion zu beteiligen. In der Folge wurde der ursprüngliche Resolutionsvorschlag mehrfach abgeändert und schließlich im November 2015 vom Plenum verabschiedet.

Das neue Format, in öffentlichen Anhörungen nicht nur institutionelle Vertreter zu Wort kommen zu lassen, sondern auch die Bürger aktiv um ihre Meinung zu bitten, wurde auch bei den Beratungen zur Novellierung des Dekrets über den Ombudsmann

der Deutschsprachigen Gemeinschaft erfolgreich getestet. So erfuhr der Ausschuss, dass die Erweiterung der Zuständigkeitsbereiche des Ombudsmanns auf Gemeinden und von der Deutschsprachigen Gemeinschaft abhängige Institutionen durchaus positiv aufgenommen wird, aber Informationen zu den konkreten Abläufen erstellt werden müssen.

Die Neufassung der Geschäftsordnung des Parlaments stand als nächstes umfangreiches Dossier auf dem Arbeitsprogramm des Ausschusses. Infolge der zu Beginn der Legislatur 2014-2019 beschlossenen Reform der parlamentarischen Arbeitsweise war eine grundlegende Überarbeitung der aus dem Jahr 1984 stammenden Geschäftsordnung überfällig geworden. Den Auftrag dazu hatte das Präsidium dem Ausschuss im Herbst 2015 erteilt. Anhand eines Arbeitspapiers und mit fachkundiger Beratung der Verwaltung diskutierten die Ausschussmitglieder, wie die Arbeiten des Parlaments in Zukunft organisiert sein sollten. Die allermeisten Knackpunkte konnten dabei ausgeräumt werden. Der schließlich im Ausschuss gutgeheißene Beschlussvorschlag wurde vom Plenum Ende Mai 2016 verabschiedet und tritt zur Sitzungsperiode 2016-2017 in Kraft.

Bei der wiederkehrenden zentralen Aufgabe des Ausschusses, die Fest-



Experten im Ausschuss

legung, Anpassung und Rechnungslegung der Haushaltspläne der Regierung federführend zu beraten, erfuhr das Prozedere in dieser Sitzungsperiode nochmals eine Erweiterung: Nachdem in der vergangenen Sitzungsperiode für die Beratungen des Rechnungshofberichts eine zweite Sitzung für die Reaktionen der Parlamentsmitglieder und der Regierung hinzugefügt worden war, wurde nun ein Termin zur Vorstellung der Eckdaten des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Haushaltsberatungen vorgeschaltet. Dies hängt mit den europäischen Verpflichtungen Belgiens und der diesbezüglichen Zusammenarbeit zwischen Föderal- und Teilstaaten zusammen:

Die Regierungen der Teilstaaten müssen dem Föderalstaat ihre Haushaltsdaten mitteilen, bevor dieser die Zahlen für Gesamtbelgien im Herbst der EU-Kommission vorlegt. Bevor dies geschieht, informiert die DG-Regierung das Parlament.

Im weiteren Zusammenhang mit den europäischen Verpflichtungen in Sachen Haushalt steht auch das gesellschaftspolitische Thema „Sparpolitik und Investitionskapazität“, das der Ausschuss im Frühjahr 2016 intensiv bearbeitet hat.

Außenbeziehungen, Staatsreform und Autonomieentwicklung, Bürgerdialog – das sind weitere „rote Fäden“ der Arbeiten des Ausschusses, die



Studienreise Innsbruck 2016

sich durchaus kreuzten: So diente die Studienreise, die der Ausschuss im Mai 2016 in Bundesländer Deutschlands, der Schweiz und Österreichs unternahm, natürlich der Pflege der Außenbeziehungen, inhaltlich lag der Fokus auf dem Studium unterschiedlicher Modelle des Föderalismus und des Finanzföderalismus sowie der Bürgerbeteiligung und des Bürgerdialogs. Eingeladen zu der Studienreise waren auch die Akteure, mit denen der Ausschuss diese Themen gemeinsam weiterbewegen will: der Wirtschafts- und Sozialrat, der Rat für Erwachsenenbildung sowie der Rat der deutschsprachigen Jugend. Ein Ergebnis der Studienreise war der Einstieg in die konkrete Planung eines Kolloquiums im September 2016, bei dem die Besonderheiten des belgischen Föderalismusmodells und seine Auswirkungen auf die Deutschsprachige Gemeinschaft beleuchtet werden.

Hinzu kommen eine ganze Reihe weiterer Aktivitäten – gemeinsame Treffen und Austausche, Erarbeitung von Gutachten-, Resolutions- und Sonderdekretvorschlägen, teils mit Diskussionsbeteiligung von Bürgern – die Außenziehungspflege, Autonomieentwicklung und Bürgerdialog verbanden.

Tätigkeiten von Ausschuss I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit in der Sitzungsperiode 2015-2016

BEHANDELTE DEKRETVORLAGEN

Dekretentwürfe zum Haushalt

- Dekretentwurf zur dritten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2013 zur Festlegung der Haushaltspläne der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2014 – Dokument 5-3-HH2014 (2015-2016)
- Dekretentwurf zur endgültigen Abrechnung des Haushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2014 – Dokument 6-HH2014 (2015-2016)
- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 11. Dezem-

ber 2014 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2015 – Dokument 5-2-HH2015 (2015-2016)

- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Haushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2016 – Dokument 4-HH2016 (2015-2016)
- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 17. Dezember 2015 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2016 – Dokument 5-1-HH2016 (2015-2016)

Andere Dekretvorlagen

- Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets vom 26. Mai 2009 zur Schaffung des Amtes eines Ombudsmanns für die Deutschsprachige Gemeinschaft – Dokument 52 (2014-2015) und (2015-2016)
- Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 15. Juli 2014 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Region, der Wallonischen Region und der Region Brüssel-Hauptstadt, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission von Brüssel-Hauptstadt und der Französischen Gemeinschaftskommission bezüglich der Funktionsweise des Interföderalen Instituts für Statistik sowie des Verwaltungsrates und der Wissenschaftlichen Ausschüsse des Instituts für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Dokument 70 (2014-2015)
- Dekretentwurf über die Authentifizierung der Rechtsgeschäfte in Immobilienangelegenheiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der von ihr Abhängenden Öffentlichen Einrichtungen – Dokument 71 (2014-2015) und (2015-2016)

- Dekretentwurf zur Umsetzung der Richtlinie 2014/107/EU des Rates vom 9. Dezember 2014 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung – Dokument 86 (2015-2016)
- Programmdekretvorschlag 2016 – Dokument 94 (2015-2016)

RESOLUTIONSVORSCHLÄGE

- Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung, den Rat der Europäischen Union und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Forderung nach Aufhebung der Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) und dem Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA), sowie nach Ablehnung des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens EU-Kanada (CETA) – Dokument 46 (2014-2015) und (2015-2016)
- Resolutionsvorschlag an die Abgeordnetenversammlung, an die Föderale Regierung und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Hinblick auf die Änderung des Mehrwertsteuergesetzbuches für öffentliche Bauten – Dokument 53 (2014-2015) und (2015-2016)
- Resolutionsvorschlag an die Föderalen Kammern, die Föderalregierung sowie das Parlament und die Regierung der Wallonischen Region zur Förderung der deutschen Sprache – Dokument 72 (2014-2015) und (2015-2016)
- Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung des Atomausstiegs und der Abschaltung der schadhaften Reaktoren Tihange 2 und Doel 3 – Dokument 99 (2015-2016)

AUSSENBEZIEHUNGEN

- Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Zusammenarbeit des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des Flämischen Parlaments am 30. Oktober 2015

- Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Zusammenarbeit des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Französischen Gemeinschaft am 9. November 2015
- Jahresbericht der Regierung über Initiativen und Projekte im Bereich der Außenbeziehungen – Dokument 67 (2015-2016) und aktueller mündlicher Bericht
- Bericht der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Zusammenarbeit mit Flandern während der Jahre 2013-2015 – Dokument 108 (2015-2016)
- Austausch mit regionalen und föderalen Abgeordneten

STAATSREFORM UND AUTONOMIEENTWICKLUNG

- Sonderdekretvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft – Dokument 42 (2014-2015)
- Resolutionsvorschlag an das Parlament der Wallonischen Region, die Regierung der Wallonischen Region und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung der angewandten Normen im Straßenbau und der Kontrollverfahren bei Abnahmen von Projekten sowie zur Abänderung der Dauer der Garantieleistung der Bauunternehmer – Dokument 49 (2014-2015) und (2015-2016)
- Vorschlag eines begründeten Gutachtens zu dem Gesetzesvorentwurf zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft
- Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft – Dokument 74 (2014-2015) und (2015-2016)
- Vorschlag eines begründeten Gutachtens zum Gesetzesvorentwurf zur Abänderung der am 18. Juli 1966 koordinierten Gesetze über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten und zum Entwurf eines Königlichen Erlasses zur Ausführung des Artikels 53, Absatz 2, der am 18. Juli 1966 koordinierten Gesetze über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten – Dokument 84 (2015-2016)
- Vorschlag eines begründeten Gutachtens zu dem Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft im Hinblick auf die Regelung der Einführung zusätzlicher Unvereinbarkeiten für die Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zu dem Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft im Hinblick auf die Einführung zusätzlicher Unvereinbarkeiten für die Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 124 (2015-2016)
- Noten vom 4. Januar 2016 und vom 28. April 2016 zur weiteren Arbeitsweise des Ausschusses in Sachen Staatsreform und Autonomieentwicklung

VERSCHIEDENES

- Studienreise des Ausschusses vom 11.-14. Mai 2016 mit den Schwerpunkten Föderalismusmodelle, Finanzföderalismus und Bürgerdialog
- Vorschlag eines Beschlusses zur Neufassung der Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 125 (2015-2016)

AUSSCHUSS II

FÜR KULTUR, LOKALE BEHÖRDEN, BESCHÄFTIGUNG UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Rückblick

Ein Schwerpunktthema dieser Sitzungsperiode war wie im Vorjahr die Übertragung von Zuständigkeiten im Bereich Beschäftigung von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft. Neben dem eigentlichen Übertragungsdekret hat der Ausschuss auch ein Dekret über Maßnahmen im Beschäftigungsbereich sowie den neuen Geschäftsführungsvertrag mit dem Arbeitsamt behandelt und abgestimmt. Auch im Rahmen des gesellschaftspolitischen

Themas stand die Beschäftigung im Vordergrund. Zudem fand im Herbst eine gemeinsame Sitzung mit Ausschuss IV zur Vorstellung der HIVA-Studie zum Bedarf in der Sozialökonomie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft statt.

Die Behandlung von Geschäftsführungsverträgen und die Anhörung der betroffenen Einrichtungen hat die Arbeit des Ausschusses wesentlich geprägt: Neben dem Vertrag mit dem Arbeitsamt wurden auch neue Geschäftsführungsverträge mit der



Ausschuss II im IKOB

Tourismusagentur Ostbelgien, der AGR „Kultur-, Konferenz- und Messezentrums St. Vith“ betreffend Trägerschaft und Verwaltung des Zentrums TRIANGEL, dem BRF, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, dem Jugendbüro und der AGR TILIA betreffend Trägerschaft und Verwaltung des Kulturzentrums „Alter Schlachthof“ genehmigt. Dem Kulturzentrum „Alter Schlachthof“ stattete der Ausschuss zudem im Frühjahr einen Besuch ab.

Mit dem Thema Kultur setzte sich der Ausschuss u. a. im Rahmen einer Vorstellung der Politik und Projekte der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Sachen Kulturerbe und beim Besuch des Museums für zeitgenössische Kunst – ikob – auseinander.

Auch der Jugendbereich kam in dieser Sitzungsperiode nicht zu kurz: Neben dem Abschluss der Beratungen und der Abstimmung des bereits in der vorherigen Sitzungsperiode hinterlegten Dekretvorschlags zur Änderung des Jugenddekrets hat sich der Ausschuss in einer gemeinsamen Sitzung mit Ausschuss IV intensiv mit der Thematik „geistige und körperliche Gesundheit bei Jugendlichen“ auseinandergesetzt und Feldakteure angehört.

Im Bereich Sport standen in dieser Sitzungsperiode gleich zwei Dekrete an: Das Zustimmungskdekret zum erweiterten Teilabkommen über Sport (EPAS) sowie das an den neuen WADA-Code angepasste Dopingdekret.

Das alljährliche Programmdekret führte insbesondere technische Anpassungen und Neuerungen in den

Bereichen Kultur, Jugend, Sport, lokale Behörden und Medien ein. Beispielsweise wurde das Dekret über die Hilfe für die Tagespresse aktualisiert. Darüber sowie über aktuelle Herausforderungen tauschte der Ausschuss mit Redakteuren des Grenz-Echo bei einem Besuch in den Geschäftslokalen aus.

Neben dem Programmdekret sind auch die Haushaltsberatungen feste Tagesordnungspunkte. In diesem Rahmen fanden im Herbst wieder Anhörungen mit dem BRF, dem Arbeitsamt, dem Medienzentrum und dem DGG Gemeinschaftszentren statt.

Tätigkeiten von Ausschuss II für Kultur, lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung in der Sitzungsperiode 2015-2016

BEHANDELTE DEKRETVORLAGEN

Dekretentwürfe zum Haushalt

- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2016 – Dokument 4-HH2016 (2015-2016)
- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 11. Dezember 2014 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2015 – Dokument 5-2-HH2015 (2015-2016)

- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 17. Dezember 2015 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2016 – Dokument 5-1-HH2016 (2015-2016)

Andere Dekretvorlagen

- Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit – Dokument 63 (2014-2015)
- Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets vom 9. Mai 1994 über Hotel- und Unterkunftsbetriebe – Dokument 83 (2015-2016)
- Dekretentwurf zur Abänderung verschiedener Dekrete im Hinblick auf die Ausübung gewisser Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Denkmalschutz durch die Deutschsprachige Gemeinschaft – Dokument 87 (2015-2016)
- Programmdekretvorschlag 2016 – Dokument 94 (2015-2016)
- Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 15. Mai 2014 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über den Beitritt zum erweiterten Teilabkommen über Sport (EPAS), eingeführt durch die Entschließung CM/Res (2007)8 des Europarats vom 11. Mai 2007, abgeändert am 13. Oktober 2010 – Dokument 95 (2015-2016)
- Dekretentwurf zur Bekämpfung des Dopings im Sport – Dokument 98 (2015-2016)
- Dekretentwurf über Maßnahmen im Beschäftigungsbereich – Dokument 107 (2015-2016)

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

- Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Tourismusagentur Ostbelgien (2016-2019) – Dokument 78 (2015-2016)

- Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der autonomen Gemeinde TILIA betreffend Trägerschaft und Verwaltung des Kulturzentrums „Alter Schlachthof“ – Dokument 89 (2015-2016)
 - Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem belgischen Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft (BRF) (2015-2019) – Dokument 80 (2015-2016)
 - Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgien VoG – Dokument 81 (2015-2016)
 - Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 85 (2015-2016)
 - Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der autonomen Gemeinde TILIA betreffend Trägerschaft und Verwaltung des Kulturzentrums „Alter Schlachthof“ – Dokument 89 (2015-2016)
 - Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Zeitraum 2015-2019 – Dokument 101 (2015-2016)
- VERSCHIEDENES**
- Gemeinsame Sitzung mit Ausschuss IV zur Vorstellung der HIVA-Studie zum Bedarf in der Sozialökonomie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
 - Haushaltsplan 2015/2016 des BRF und Jahresbericht 2014
 - Haushaltsplan 2015/2016 des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Jahresbericht 2014
 - Haushaltsplan 2015/2016 des Medienzentrums und Jahresbericht 2014
 - Haushaltsplan 2015/2016 des DGG Gemeinschaftszentren und Jahresbericht 2014
 - Vorstellung des Teils „Gemeindevahlen“ des juristischen Gutachtens der Parlamentsverwaltung zu den Möglichkeiten, die Modalitäten zu den Wahlen der Abgeordnetenversammlung, des Wallonischen Parlaments, des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie der Gemeinderäte zu verändern
 - Behandlung des Themas „Humusierung“ aufgrund eines Bürgerschreibens
 - Besichtigung des Kulturzentrums „Alter Schlachthof“
 - Gemeinsame Sitzung mit Ausschuss IV zum Thema „Geistige und körperliche Gesundheit junger Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft“
 - Besuch des Grenz-Echo und Austausch mit Redakteuren
 - Vorstellung der politischen Leitlinien und der Projekte zum materiellen und immateriellen Kulturerbe
 - Besuch des ikob – Museum für zeitgenössische Kunst und Austausch mit Direktor und Museumspädagogin
 - Jahresbericht 2015 zur Ausübung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets – Dokument 50 (2015-2015) Nr. 3
 - Austausch mit dem Forstamtleiter Elsenborn über die Situation und Pläne bezüglich der Holzstege im Hohen Venn
 - Vorstellung des Projekts „Servicequalität Ostbelgien“ und von Tourismusstatistiken

AUSSCHUSS III FÜR UNTERRICHT, AUSBILDUNG UND ERWACHSENENBILDUNG

Rückblick

Wie alle anderen Ausschüsse hat sich Ausschuss III im Herbst und im Frühling mit den Haushaltsdekreten befasst. Im Rahmen der Herbstberatungen wurden Vertreter der Autonomen Hochschule, des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung Service

und Logistik und des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen (Kaleido-DG) angehört.

Mehrere Sitzungen waren der Vorstellung verschiedener Einrichtungen und Projekte gewidmet. Dazu gehörten u. a. die Zentren für Teilzeitunterricht in Eupen und St. Vith mit dem Projekt Qualiflex, die Weiterbildungskommission und das Weiterbildungs-

konzept der Autonomen Hochschule, der Rat für Erwachsenenbildung oder die Abteilung GrenzGeschichteDG der Autonomen Hochschule. In St. Vith besuchte der Ausschuss den neuen Knotenpunkt von Kaleido-DG, nach dessen Vorbild die Knotenpunkte in Büllingen, Kelmis und Eupen eingerichtet werden sollen.

Um Maßnahmen gegen den nicht nur in der Deutschsprachigen Gemein-

schaft herrschenden Lehrermangel treffen zu können, hat die Regierung eine Erhebung bei den Grundschulen initiiert und Interviews in den Sekundarschulen durchgeführt. Ein Zwischenergebnis dieser Erhebung wurde im Ausschuss vorgestellt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Unterrichtspolitik betrifft die Dienstrechtsreform für Lehrer. Dazu wurde ein Konzept mit der Bezeichnung „Gutes Personal für gute Schulen“ erarbeitet, das dem Ausschuss vorgestellt wurde. Dabei werden u. a. so virulente Themen wie die Einführung eines neuen Lehrerarbeitszeitmodells, eine Flexibilisierung der Personalanwerbung oder die Arbeitsplatzsicherheit für Neueinsteiger in den Beruf behandelt.

Tätigkeiten von Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung in der Sitzungsperiode 2015-2016

BEHANDELTE DEKRETVORLAGEN

Dekretentwürfe zum Haushalt

- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2016 – Dokument 4-HH2016 (2015-2016)
- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 11. Dezember 2014 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2015 – Dokument 5-2-HH2015 (2015-2016)
- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 17. Dezember 2015 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2016 – Dokument 5-1-HH2016 (2015-2016)

Andere Dekretvorlagen

- Programmdekretvorschlag 2016 – Dokument 94 (2015-2016)



- Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen – Dokument 105 (2015-2016)
- Dekretentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2016 – Dokument 119 (2015-2016)
- Dekretentwurf über die Industrielehre – Dokument 126 (2015-2016)

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

- Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen (IAWM) für den Zeitraum 2015-2019, Vorstellung des Elternbunds Ostbelgien

VERSCHIEDENES

- Vorstellung des Teilzeitunterrichts und des Projekts Qualiflex
- Vorstellung des Konzeptentwurfs zum Nachteilsausgleich und Notenschutz
- Besuch des Kaleido DG-Knotenpunkts St. Vith
- Lehrermangel in der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Erläuterungen zur geplanten Erhebung durch die Regierung

- Vorstellung des Rats für Erwachsenenbildung
- Vorstellung der Weiterbildungskommission und des Weiterbildungskonzepts der Autonomen Hochschule
- Vorstellung des Konzeptentwurfs zum Hausunterricht
- Vorstellung eines Zwischenberichts zum Konzept „Gutes Personal für gute Schulen“
- Vorstellung der Abteilung GrenzGeschichteDG der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie der Aktionstage Politische Bildung
- Lehrermangel in der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Bericht zur Erhebung der Regierung

AUSSCHUSS IV

FÜR SOZIALES UND GESUNDHEIT

Rückblick

Wie die anderen Ausschüsse befasste sich der Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales im Laufe der Sitzungsperiode 2015-2016 betreffend seine Zuständigkeiten ebenfalls mit der zweiten Anpassung des Ausgabenhaushaltsplans 2015 sowie mit der Festlegung und der ersten Anpassung des Ausgabenhaushaltsplans 2016.

Eine weitere Aufgabe des Ausschusses bestand in der Beratung über die in seine Zuständigkeiten fallenden Artikel des Programmdekretvorschlags 2016, in dessen Rahmen u. a. neue allgemeine Bedingungen für die Bezuschussung von Krankenhäusern festgelegt wurden. Infolge der Sechsten Staatsreform erhielt die Deutschsprachige Gemeinschaft zum 1. Januar 2016 die Zuständigkeit für die gesamte Krankenhausfinanzierung. Ein gemeinschaftseigenes Regelwerk erwies sich als erforderlich, da das bis dato angewandte föderale System nicht an die Gegebenheiten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft angepasst war.

Vom Ausschuss wurden auch mehrere Geschäftsführungsverträge begutachtet und für gut befunden.

Ferner interessierten den Ausschuss erneut die aktuelle Situation und die Zukunftsperspektiven der beiden Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. In diesem Kontext wurden dem Ausschuss von der Pflegeinspektion der Flämischen Gemeinschaft die Resultate des von ihr durchgeführten Audits in den beiden Krankenhäusern vorgestellt und hörte er die Direktion der Einrichtungen dazu an.

Als informativen Vorlauf zur Themen-debatte „Flüchtlings-, Migranten- und Integrationspolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft“, die am 25. Januar 2016 im Plenum abgehalten wurde, führte der Ausschuss am 13. Januar 2016 eine öffentliche Anhö-

rung durch, zu der er fast sämtliche in der Gemeinschaft tätigen Feldakteure in diesem Bereich begrüßen durfte und die äußerst aufschlussreiche Einblicke erlaubte.

Des Weiteren wurden monatlich Regierungskontrollen abgehalten, bei denen aktuelle Fragen und Interpellationen betreffend den Sozial- und Gesundheitsbereich an die Regierung gerichtet werden konnten.

Tätigkeiten von Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales in der Sitzungsperiode 2015-2016

BEHANDELTE DEKRETVORLAGEN

Dekretentwürfe zum Haushalt

- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 11. Dezember 2014 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2015 – Dokument 5-2-HH2015 (2015-2016) Nr. 1
- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2016 – Dokument 4-HH2016 (2015-2016) Nr. 1

- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 17. Dezember 2015 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2016 – Dokument 5-1-HH2016 (2015-2016) Nr. 1

Andere Dekretvorlagen

- Programmdekretvorschlag 2016 – Dokument 94 (2014-2015)

BEHANDELTE RESOLUTIONEN

- Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Hinblick auf die Verbesserung der Altersvorsorge und zur zusätzlichen Sicherung der Pflege älterer Menschen sowie zur Unterstützung der Einführung von Seniorengenossenschaften auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 77 (2015-2016) Nr. 1
- Resolutionsvorschlag an die nationale Kammer, die föderale Regierung und an das EU-Parlament, den Weichmacher Bisphenol A (BPA) in allen Lebensmittelbehältern in Belgien sowie auf EU-Ebene zu verbieten sowie eine Kennzeichnungspflicht aller Gebrauchsgegenstände des Alltags einzuführen,



Blick in die Kontrollsitzung von Ausschuss IV

die diese Chemikalie enthalten, und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Unterstützung dieser Forderung – Dokument 102 (2015-2016) Nr. 1

- Abschließende Nachbesprechung der PDG-Resolution vom 24. Juni 2013 an die Föderalregierung bezüglich der Unterbesetzung der 100-112-Rettungsleitstelle in Lütich mit deutschsprachigen bzw. mehrsprachigen Disponenten

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

- Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der VoG Verbraucherschutzzentrale – Dokument 88 (2015-2016) Nr. 1
- Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Frauenzentrum für Beratung, Bildung und Opferschutz, VoG Prisma – Dokument 90 (2015-2016) Nr. 1
- Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Dienststelle für Personen mit Behinderung – Dokument 91 (2015-2016) Nr. 1
- Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen

der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Öffentlichen Sozialhilfzentrum Eupen bezüglich des Zentrums für sozialpädagogische Kinder- und Jugendbetreuung Mosaik – Dokument 93 (2015-2016) Nr. 1

- Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der VoG S.I.A. (Soziale Integration und Alltagshilfe) – Dokument 96 (2015-2016) Nr. 1
- Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der VoG RZKB (Regionales Zentrum für Kleinkindbetreuung) – Dokument 117 (2015-2016) Nr. 1

VERSCHIEDENES

- Teilnahme am Bürgerforum „Internationale Entwicklungszusammenarbeit – Lokal handeln“
- Vorstellung des Haushaltsplans der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung (DPB) für das Jahr 2016 sowie ihres Tätigkeitsberichts für das Jahr 2014
- Vorstellung der Resultate des Audits zu den beiden Krankenhäusern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch die Pflegeinspektion des Ministeriums der Flämischen Gemeinschaft

- Anhörung der beiden Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Audit der Pflegeinspektion des Ministeriums der Flämischen Gemeinschaft
- Vorstellung der Analyse „Aktionsforschung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Armut, Prekariat und soziale Verwundbarkeit – Phase 2“ durch das Forschungszentrum CeRIS der Universität Mons
- Besichtigung der neuen Kinderkrippe in St. Vith
- Besichtigung der Zentralküche im Robert-Schuman-Institut (RSI) in Eupen
- Vorstellung des haushaltstechnischen Jährlichkeitsprinzips durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Anhörung des Palliativpflegeverbands der Deutschsprachigen Gemeinschaft VoG
- Vorstellung des Regierungserlasses zur Außerschulischen Betreuung (AUBE)
- Vorstellung der HIVA-Studie zum Bedarf in der Sozialökonomie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (gemeinsame Sitzung mit Ausschuss II)
- Anhörung der Nationalen Arbeitsgruppe zum Strukturierten Dialog zum Thema „Geistige und körperliche Gesundheit junger Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ (gemeinsame Sitzung mit Ausschuss II)

AUSSCHUSS V

ZUR KONTROLLE DER WAHLAUSGABEN SOWIE ZUR KONTROLLE DER MITTEILUNGEN DER ÖFFENTLICHEN BEHÖRDEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Rückblick

In Anwendung des Dekrets vom 7. April 2003 zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Rates sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft prüft der

Kontrollausschuss deren Publikationen. Das Ziel ist die Vermeidung der Zweckentfremdung von öffentlichen Mitteln zugunsten von Regierungsmitgliedern oder des Parlamentspräsidenten. Der Ausschuss hat sich hierfür bestimmte Richtlinien gegeben.

Tätigkeiten des Kontrollausschusses

In der Sitzungsperiode 2015-2016 fand keine Sitzung des Kontrollausschusses statt.

BEHANDLUNG VON GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN THEMEN

Seit der Reform der parlamentarischen Arbeit im Herbst 2014 setzen sich die Ausschüsse abseits des tagesspolitischen Geschäfts, aber dennoch im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche, fundiert mit Themen von gesellschaftspolitischer Relevanz für die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. ihre Bürgerinnen und Bürger auseinander. Die Ausschüsse legen dabei eine eigene Herangehensweise fest, die teilweise sehr unterschiedlich ausfällt. Das Spektrum zieht sich von der klassischen Anhörung über Vortragsveranstaltungen bis hin zum Schülerwettbewerb. Wichtig ist bei jeder Form die Beteiligung der Bürger. So blicken die Parlamentsmitglieder im Rahmen der Behandlung von gesellschaftspolitischen Themen nicht nur über den Tellerrand, sondern öffnen ihre Arbeit auch zunehmend der Zivilgesellschaft.

Ausschuss I: Sparpolitik und Investitionskapazität

Im Rahmen seiner Federführung bei den Haushaltsberatungen hat sich der Ausschuss I immer wieder mit den Auswirkungen des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung der Wirtschafts- und Währungsunion – dem sogenannten Fiskalpakt – sowie mit dem Zusammenarbeits-



Ph. Donnay, J. Hilgers, D. Piron v.l.n.r.

abkommen beschäftigt, das zur Ausführung des Vertrags auf innerbelgischer Ebene abgeschlossen wurde (siehe dazu auch die Dokumente 143, 194 und 207 der Legislatur 2009-2014). Dabei wurde deutlich, dass die mit dem Fiskalpakt verschärften Vorgaben zur Begrenzung von Staatsschulden in Kombination mit der Anwendung der SEC-Normen auf die öffentlichen Haushalte insbesondere unter dem Blickwinkel der Investitionsausgaben näher beleuchtet werden müssten.

Der Ausschuss beschloss, zu dieser Thematik öffentliche Anhörungen zu organisieren, zu denen er die in den Konsolidierungskreis – d. h. in die Be-

rechnung der öffentlichen Schuld – einbezogenen Gemeinden und Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger einlud.

Den Einstieg machte am 6. Juni 2016 Prof. Carl-Ludwig Holtfrerich, der im Mai 2015 zusammen mit weiteren Autoren die interdisziplinär und mit Beteiligung verschiedener wissenschaftlicher Akademien in Deutschland geführte Studie „Staatsschulden – Ursachen, Wirkungen und Grenzen“ veröffentlicht hatte. In der Anhörung erläuterte Prof. Holtfrerich anhand von „Zehn Mythen über Staatsverschuldung“ seine These, dass Staatsschulden per se nicht falsch sind, sondern vor dem Hintergrund von Wirtschaftswachstum und der Finanzierung zukunftssichernder Ausgaben beurteilt werden müssten.

Die zweite Anhörung fand am 13. Juni 2016 mit Experten der belgischen Ebene statt: Damien Piron vom Tax Institute der Universität Lüttich, Jean Hilgers, Direktor der Nationalbank Belgiens, und Philippe Donnay, Kommissar des Föderalen Planbüros, beleuchteten hier vor allem die technischen Seiten des Themas: Wie funktioniert die „Schuldenbremse“ des Fiskalpakts? Wie ist es zur Festlegung von Defizitkriterien gekommen? Welchen Hintergrund haben die SEC-Normen? Die Umsetzung der Vorgaben vor dem Hintergrund des kom-



plexen belgischen Systems einschließlich der konkreten Auswirkungen auf die einzelnen Gebietskörperschaften bildete einen weiteren Schwerpunkt der Anhörung.

Bei beiden Veranstaltungen blieb es nicht beim Vortrag von Analysen und der Schilderung von Fakten, sondern es wurden auch Denkanstöße gegeben, mit welchen geschätzten Erfolgchancen welche Stellschrauben betätigt werden könnten bzw. müssten, um eine Veränderung der europäischen und gegebenenfalls nationalen Vorgaben herbeizuführen, um beispielsweise Investitionen der öffentlichen Hand zu erleichtern. Die Arbeit des Ausschusses wird nun darin bestehen, diese Anregungen vor dem Hintergrund der gewonnenen Sachkenntnis zu prüfen und gegebenenfalls weitere Initiativen zu entwickeln.

**Ausschuss II:
Wachstum und Beschäftigung**

Bereits in der letzten Sitzungsperiode hatten sich die Themenfelder Wachstum und Beschäftigung herauskristallisiert. Folgende Fragen sollten näher beleuchtet werden: Braucht unsere Wirtschaft Wachstum, um zu funktionieren? Welche Auswirkungen wird ausbleibendes oder geringes Wachstum auf die Beschäftigung haben? Oder wird es weiter Wachstum geben? Wie äußert sich dieses Wachstum und wird es Folgen für den Arbeitsmarkt haben? Der Ausschuss hatte beschlossen, diese Fragen in zwei Vortragsveranstaltungen vorstellen zu lassen und zu diskutieren.

Am 26. April 2016 referierte Dr. Norbert Nicoll, Politikwissenschaftler und Dozent an der Universität Duisburg-Essen, zum Thema „Kapitalismus im Wachstumsdilemma – Welche Auswirkungen auf Beschäftigung und Nachhaltigkeit?“. Nicoll schlussfolgerte, dass wir in einem Dilemma steckten: Einerseits benötige unsere Wirtschaft Wachstum, um zu funktionieren, andererseits untergrabe Wachstum seine eigenen Voraussetzungen, da es keine Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit zulasse. Er ging davon aus, dass der



N. Nicoll



P. De Keyzer

Druck auf die Beschäftigung unter den jetzigen Bedingungen zunehmen werde. Ein Lösungsansatz sei die Verkürzung der Arbeitszeit und die Umverteilung von Arbeit.

Zwei Wochen später, am 9. Mai 2016, kam dann mit Peter De Keyzer der Chefökonom der BNP Paribas Fortis zu Wort. Er hielt weiterhin an Wachstum als Motor der Wirtschaft fest, zeigte sich aber nicht einverstanden mit der aktuellen Niedrigzinspolitik in den EU-Ländern. Wachstum müsse seiner Ansicht nach durch den freien Markt, Wettbewerb, Innovation, Unternehmertum, Bildung etc. gefördert werden. Er plädierte für mehr

öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Verteidigung, Forschung und Entwicklung sowie Bildung und ging von einer Atomisierung des Arbeitsmarkts aus: Künftig werde es – u. a. auch wegen technologischer Entwicklungen – weniger Arbeitsplätze geben.

Nun gilt es, zu analysieren, welche Aussagen der Referenten für den hiesigen Arbeitsmarkt von Bedeutung sind. In der kommenden Sitzungsperiode möchte der Ausschuss mit lokalen Akteuren zu Zukunftsvisionen für die Beschäftigung austauschen.

**Ausschuss III:
Was ist gute gesunde Schule im 21. Jahrhundert?**

Schon in der vergangenen Sitzungsperiode 2014-2015 fanden zwei von Dr. Ansgar Stracke-Mertes vom Zentrum für schulpraktische Lehrerbildung moderierte Ausschusssitzungen zum Thema „Was ist gute gesunde Schule im 21. Jahrhundert?“ statt, bei denen der Ausschuss sich einen Überblick über die Ist-Situation der hiesigen Schullandschaft verschafft hat. Diese Analyse wurde mit einer dritten Sitzung am 17. September 2015 abgeschlossen. Dabei wurden fünf konkrete Handlungsfelder definiert:

1. Stärkung der Lehrgesundheit,
2. Unterstützungsmaßnahmen für Lehrer,
3. Schaffung optimaler Kontextbedingungen,
4. Schülerinnen und Schüler,
5. Kooperation mit Eltern.

Der Ausschuss sprach sich außerdem dafür aus, die Schulakteure Eltern, Schüler, Lehrer, Schulleiter in seine Beratungen einzubeziehen.

Dazu wurden am 3. März 2016 Vertreter des Elternbunds Ostbelgien, am 24. März 2016 die Primarschulleiter und am 28. April 2016 die Sekundarschulleiter in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu Anhörungen eingeladen. Dabei wurden sie u. a. darum gebeten, eine Einschätzung der derzeitigen Situation abzugeben und strukturelle und gesetzgeberische Verbesserungsmaßnahmen vorzuschlagen.



1. Preis des Ideenwettbewerbs

Um auch die Schüler einzubinden, wurde ein Ideenwettbewerb organisiert. Dabei hatten die Schüler die Gelegenheit, ihre Vorstellungen zur Schule von morgen mitzuteilen. Es sind zehn interessante Arbeiten eingegangen, von denen die vier besten am 23. Juni 2016 vorgestellt und prämiert wurden.

Für die Gruppe der Lehrer wird eine Veranstaltung zum Weltlehrertag am 5. Oktober 2016 organisiert.

Des Weiteren fand eine Reihe von Vorträgen zu verschiedenen Themen statt, die als Inspirationsquelle für schulpolitische Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft dienen können.

So stellte Frau Anne-Marie Jouck dem Ausschuss am 24. September 2015 die Ergebnisse ihrer Erhebung zur Zufriedenheit der Primarschullehrer in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vor.

In seinem Referat Lehrgesundheit fördern, Schulen stärken ist Prof. Dr. Uwe Schaarschmidt am 29. Oktober 2015 auf vier Bewältigungsmuster eingegangen, die ein Lehrer gegenüber seiner Arbeit entwickeln kann und die entscheidende Indikatoren für seine psychische Gesundheit sind.

Prof. Dr. Ides Nicaise hat am 7. Januar 2016 auf Einladung des Ausschusses die in der Flämischen Gemeinschaft geplante Modernisierung des Sekundarschulunterrichts und das sogenannte M-Dekret zur Förderung eines inklusiven Unterrichts vorgestellt.

Prof. Dr. Marc Demeuse gab dem Ausschuss am 28. Januar 2016 einen Einblick in den Pakt für ein exzellentes Unterrichtswesen in der Französischen Gemeinschaft.

Frau Vera Kaltwasser schließlich ging am 28. April 2016 in ihrem Vortrag auf das Thema Achtsamkeit bei Lehrern und Schülern ein.

Die Erkenntnisse aus diesen Sitzungen und Veranstaltungen sollen nun ausgewertet und weiterverarbeitet werden, bevor der Ausschuss sich neuen Schwerpunktthemen widmen wird.

Ausschuss IV: Prävention in der Deutschsprachigen Gemeinschaft heute und morgen

Ausschuss IV führte in der Sitzungsperiode 2015-2016 seine bereits in der vorherigen Sitzungsperiode aufgenommenen Arbeiten zu dem von ihm gewählten gesellschaftspolitischen Thema „Prävention in der Deutschsprachigen Gemeinschaft heute und morgen“ fort.

So wurden dem Ausschuss in seiner Arbeitssitzung vom 14. Oktober 2015 vom föderalen Wissenschaftlichen Institut für Volksbefragung (WIF) die Resultate der letzten nationalen Gesundheitsbefragung, die 2013 durchgeführt wurde, vorgestellt. In Bezug auf die Deutschsprachige Gemeinschaft ergaben sich dabei – auch im Hinblick auf die Präventionspolitik – interessante Aufschlüsse, insbesondere

im Vergleich zum Landesinnern.

Interessant und aufschlussreich für die Bearbeitung des gesellschaftspolitischen Themas waren auch die in der Ausschusssitzung vom 22. Oktober 2015 erfolgten Darlegungen und Ausführungen von Prof. Dr. Pieter Vandenbulcke, seines Zeichens Teamverantwortlicher der Abteilung Allgemeine Prävention beim Ministerium der Flämischen Gemeinschaft, zum Dekret der Flämischen Gemeinschaft vom 21. November 2003 betreffend die präventive Gesundheitspolitik und zu seiner Umsetzung.

In der Arbeitssitzung vom 1. Juni 2016 stellten Vertreter des Hohen Gesundheitsrats die vielfältige Arbeit der Einrichtung – mit Schwerpunkt Präventionsbereich – vor. Der 1849 gegründete und 2007 reformierte Rat erstellt auf Anfrage der für Gesundheit und Umwelt zuständigen Föderal-, Regional- und Gemeinschaftsminister oder aus Eigeninitiative wissenschaftlich basierte Empfehlungen zu Gesundheits- und Umweltfragen, z. B. zu Impfungen oder zu chemischen Substanzen. Dazu kann er neben einem festen Mitarbeiterstab auf einen Pool von mehreren Hundert Sachverständigen zurückgreifen.

Auch die Anhörung von Diensten, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen ihres Angebots präventive Leistungen erbringen, wurde fortgesetzt.

Für die Sitzungsperiode 2016-2017 ist geplant, das von der Regierung angekündigte neue Präventionsglobalkonzept für die Deutschsprachige Gemeinschaft zu besprechen und ein Fazit der Arbeiten zum gesellschaftspolitischen Thema „Prävention“ zu ziehen.

REGIERUNGSKONTROLLE

ALLGEMEINES

Die Beziehung des Parlaments zur Regierung wird im Laufe der Sitzungsperiode neben dem Informationsaustausch und den Debatten rund um Dekrettexte vor allen Dingen durch die Kontrolltätigkeit des Parlaments geprägt, die einen elementaren Bestandteil der parlamentarischen Demokratie darstellt. Die Regierungsmitglieder können von den Parlamentariern jederzeit befragt werden. Hierzu verfügen sie über verschiedene Instrumente, Interpellationen, begründete Anträge sowie mündliche und schriftliche Fragen.

Durch die Reform der parlamentarischen Arbeitsweise wurde die Kontrollfunktion in die Ausschüsse verlagert: Themendebatten, Interpellationen und mündliche Fragen werden grundsätzlich in den zuständigen Fachausschüssen einmal im Monat in öffentlicher Sitzung behandelt. Im Rahmen der Geschäftsordnung organisieren die Ausschüsse die entsprechenden Aussprachen autonom.



Diese Sitzungen sind öffentlich. Die Berichterstattung erfolgt über die Presse und den Offenen Kanal Ostbelgien. Die Sitzungen sind auch über das Internet im Livestream zu sehen und können auch noch zu einem späteren Zeitpunkt auf der Website des Parlaments abgerufen werden.

Die Regierungskontrolle findet nur dann im Plenum statt, wenn es ein

themenübergreifendes Interesse gibt oder das Thema von größerer Bedeutung ist. Die Entscheidung darüber trifft das Präsidium. Allerdings kann auch eine qualifizierte Minderheit von mindestens 7 Parlamentariern eine Behandlung im Plenum durchsetzen.

INTERPELLATIONEN

„Jeder Abgeordnete hat das Recht, ein oder mehrere Mitglieder der Regierung im Rahmen einer Interpellation dazu aufzufordern, sich bezüglich einer politischen Handlung oder Unterlassung, eines präzisen Sachverhalts sowie konkreter Aspekte der Regierungspolitik, die im direkten Bezug zu den Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft stehen und von allgemeiner Tragweite sind, zu rechtfertigen.“

[Artikel 86 §1 der Geschäftsordnung des Parlaments vom 20. Mai 2016]

Interpellationen werden grundsätzlich im zuständigen Ausschuss behandelt und nur in Ausnahmefällen in der Plenarsitzung.

Insgesamt 15 Interpellationen wurden in der vergangenen Sitzungsperiode debattiert, davon 2 in Plenarsitzungen und 13 in öffentlichen Ausschüssen.

Die diesbezüglichen ausführlichen Debatten können im Bulletin Interpellationen und Fragen nachgelesen werden, das das Parlament in regelmäßigen Abständen veröffentlicht. Sie werden ebenfalls auf der Website des Parlaments veröffentlicht.

Datum	Interpellant	Thema	Minister	Gremium	BIF*
21.09.2015	F. Franzen (ECOLO)	Flüchtlingsthematik	Paasch, Antoniadis	PL	13
07.10.2015	M. Balter (VIVANT)	Luftverschmutzung durch Feinstaubemissionen und die diesbezüglich von der Regierung der DG angestrebten präventiven Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung	Antoniadis	AIV	14
04.11.2015	F. Franzen (ECOLO)	Forderung der Tagesmütter nach einem geregelten Einkommen	Antoniadis	AIV	15
04.11.2015	M. Balter (VIVANT)	Gesundheitsrisiko durch giftige Chemikalien, insbesondere die immer stärker werdende Problematik von Übergewicht und Fettleibigkeit, besonders bei Kindern in der DG und die diesbezüglich von der Regierung der DG getroffenen Präventionsmaßnahmen	Antoniadis	AIV	15
02.12.2015	M. Balter (VIVANT)	Gesundheitsrisiko durch schädliche elektromagnetische Strahlen von Mobiltelefonen und WLAN, insbesondere in den Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten der DG	Antoniadis	AIV	16
11.01.2016	C. Servaty (SP)	Zukunft der DG als Mobilitätsstandort und insbesondere Anbindung der DG an das belgische Schienennetz	Paasch	AI	17
17.02.2016	M. Balter (VIVANT)	Gesundheitsrisiko durch die wachsende Zahl von Diabetesfällen in Belgien	Antoniadis	AIV	18
13.04.2016	R. Nelles (CSP)	Pflegeversicherung	Antoniadis	AIV	20
13.04.2016	M. Balter (VIVANT)	Gesundheitszustand der Bürger in der DG, insbesondere der dramatische Anstieg der Schlafstörungen und Angstzustände, laut den Ergebnissen der nationalen Gesundheitsumfrage aus dem Jahr 2013	Antoniadis	AIV	20
14.04.2016	D. Franzen (CSP)	Lehrermangel in der DG	Mollers	AIII	20
10.05.2016	P. Creutz (CSP)	Kloster Heidberg	Weykmans	AII	21
11.05.2016	F. Franzen (ECOLO)	Einstellung der Förderung für die VoG OIKOS	Antoniadis	AIV	21
11.05.2016	R. Nelles (CSP)	Altenheime in der DG	Antoniadis	AIV	21
08.06.2016	F. Franzen (ECOLO)	Beiräte	Antoniadis	AIV	22
20.06.2016	A. Miesen (PFF)	Zukunft der Provinz auf dem Gebiet deutscher Sprache	Paasch	PL	22

*BIF Bulletin Interpellationen und Fragen/PL Plenarsitzung / Ax Ausschuss

Fraktion Interpellant	Interpellierter Minister	Anzahl	Gesamt
CSP	Antoniadis (SP)	2	
CSP	Paasch (ProDG)	0	
CSP	Mollers (ProDG)	1	
CSP	Weykmans (PFF)	1	4
ECOLO	Antoniadis (SP)	4	
ECOLO	Paasch (ProDG)	0	
ECOLO	Mollers (ProDG)	0	
ECOLO	Weykmans (PFF)	0	4
ProDG	Antoniadis (SP)	0	
ProDG	Paasch (ProDG)	0	
ProDG	Mollers (ProDG)	0	
ProDG	Weykmans (PFF)	0	0
PFF	Antoniadis (SP)	0	
PFF	Paasch (ProDG)	1	
PFF	Mollers (ProDG)	0	
PFF	Weykmans (PFF)	0	1

SP	Antoniadis (SP)	0	
SP	Paasch (ProDG)	1	
SP	Mollers (ProDG)	0	
SP	Weykmans (PFF)	0	1
VIVANT	Antoniadis (SP)	5	
VIVANT	Paasch (ProDG)	0	
VIVANT	Mollers (ProDG)	0	
VIVANT	Weykmans (PFF)	0	5



BEGRÜNDETE ANTRÄGE

Jedes Parlamentsmitglied hat das Recht, im Anschluss an eine Stellungnahme der Regierung einen begründeten Antrag einzureichen, um die Amtsführung der Regierung oder eines ihrer Mitglieder zu billigen, zu missbilligen oder eine Empfehlung auszusprechen. In der Sitzungsperiode 2015-2016 wurden vier begründete Anträge eingereicht.

Datum des Antrags	Gegenstand	Antragsteller	Abstimmung Plenarsitzung	AB*
21.09.2015	Begründeter Antrag im Anschluss an die Debatte über die Interpellation von Frau Franzen (ECOLO) an Herrn Ministerpräsidenten Paasch und Herrn Minister Antoniadis zur Flüchtlingsthematik	A. Velz, C. Servaty und G. Freches	02.11.2015 angenommen	18
11.05.2016	Begründeter Antrag im Anschluss an die Debatte über die Interpellation von Frau Franzen (ECOLO) an Herrn Minister Antoniadis zur Einstellung der Förderung für die VoG OIKOS	F. Franzen, P. Creutz, M. Balter	20.06.2016 abgelehnt	
11.05.2016	Begründeter Antrag im Anschluss an die Debatte über die Interpellation von Frau Franzen (ECOLO) an Herrn Minister Antoniadis zur Einstellung der Förderung für die VoG OIKOS	M. Strougmayr, E. Jadin, L. Scholzen	20.06.2016 angenommen	
11.05.2016	Begründeter Antrag im Anschluss an die Debatte über die Interpellation von Herrn Nelles (CSP) an Herrn Minister Antoniadis zum Thema „Altenheime in der Deutschsprachigen Gemeinschaft“	M. Strougmayr, E. Jadin, L. Scholzen	20.06.2016 angenommen	

*AB= Ausführlicher Bericht



FRAGEN

„Jeder Abgeordnete hat das Recht, einem Mitglied der Regierung eine Frage zu stellen, um Auskünfte bezüglich eines präzisen Sachverhalts im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder bezüglich konkreter Aspekte der Regierungspolitik zu erhalten.“

[vgl. Artikel 83 §1, 84 §1 und 85 §1 der Geschäftsordnung des Parlaments vom 30. Mai 2016]

Handelt es sich dabei um ausführliche Auskünfte, reicht der Abgeordnete eine schriftliche Frage ein. Bei kurzen Auskünften stellen mündliche Fragen das geeignete Instrument dar. Liegt der hinterfragte Sachverhalt nur einige Stunden zurück, kann das Parlamentsmitglied eine dringende mündliche Frage stellen.

Die Frage und die jeweilige Antwort sind nachzulesen in den verschiede-

nen Ausgaben des „Bulletin Interpellationen und Fragen“. Sie werden ebenfalls auf der Website des Parlaments veröffentlicht.

MÜNDLICHE FRAGEN

In der Sitzungsperiode 2015-2016 wurden insgesamt 220 mündliche Fragen gestellt, davon 9 in Plenarsitzungen und 184 in öffentlichen Ausschüssen zur Regierungskontrolle.

Datum	Fragesteller	Gegenstand der Frage	Befragter Minister	Gremium	BIF
21.09.2015	P. Creutz (CSP)	Gesundheitliche Folgen der Schließung vom Reaktor Tihange 1 (dringende Frage)	Antoniadis	PL	13
21.09.2015	G. Freches (PFF)	Barrierefreies Internet	Paasch	PL	13
21.09.2015	G. Freches (PFF)	Gemeinsame Grundschule Bütgenbach	Mollers	PL	13
21.09.2015	M. Dhur (CSP)	Berufliche Ausbildung	Weykmans	PL	13
05.10.2015	L. Klinkenberg (ProDG)	Sozialdumping	Paasch	AI	14
05.10.2015	C. Servaty (SP)	Tax Shift	Paasch	AI	14
05.10.2015	F. Mockel (ECOLO)	Durchführung von Prüfungen zur Anwerbung von Beamten	Paasch	AI	14
05.10.2015	F. Mockel (ECOLO)	Reform der Entlohnung für Führungskräfte	Paasch	AI	14
06.10.2015	F. Mockel (ECOLO)	Jugendmobilität	Weykmans	AII	14
06.10.2015	P. Creutz (CSP)	Wetzlarbad in Eupen	Weykmans	AII	14
06.10.2015	M. Strougmayr (SP)	Jugendarbeitslosigkeit	Weykmans	AII	14
07.10.2015	F. Franzen (ECOLO)	Pilotprojekt für ein verbessertes Vermittlungsverfahren bei einer Adoptionsprozedur	Antoniadis	AIV	14
07.10.2015	F. Franzen (ECOLO)	Anforderungen an Kaleido-DG im Gesundheitsbereich	Antoniadis	AIV	14
07.10.2015	L. Scholzen (ProDG)	Beschützende Werkstätten	Antoniadis	AIV	14
07.10.2015	C. Servaty (SP)	Umzug der Verwaltung des Regionalzentrums für Kleinkindbetreuung (RZKB)	Antoniadis	AIV	14
08.10.2015	G. Freches (PFF)	Situation der langzeitkranken Lehrer	Mollers	AIII	14
08.10.2015	G. Freches (PFF)	Bi-Diplomierung von Gesellen- und Meisterbriefen	Mollers	AIII	14
08.10.2015	P. Schmitz (ProDG)	Lehrergehälter	Mollers	AIII	14
08.10.2015	A. Mertes (VIVANT)	Qualität der Raumluft in dem Gebäude des ZAWM	Mollers	AIII	14
03.11.2015	W. Reuter (ProDG)	Auswirkungen des Urteils des Verfassungsgerichtshofs zum sogenannten „Airbag“-Dekret der Wallonischen Region	Weykmans	AII	15
04.11.2015	E. Jadin (PFF)	Kindergeld	Antoniadis	AIV	15
04.11.2015	C. Servaty (SP)	Projekt E-Gesundheit	Antoniadis	AIV	15
05.11.2015	G. Freches (PFF)	Konditionen der Zurverfügungstellung von Unterrichtsmaterial der Autonomen Hochschule	Mollers	AIII	15
05.11.2015	F. Franzen (ECOLO)	Quereinsteiger im Unterrichtswesen der DG	Mollers	AIII	15
05.11.2015	F. Franzen (ECOLO)	Französischlehrer in den Grundschulen der DG	Mollers	AIII	15
05.11.2015	P. Schmitz (ProDG)	Vortrag des Professors Dr. Uwe Schaarschmidt	Mollers	AIII	15
09.11.2015	L. Frank (CSP)	Folgen des Tax-Shift für die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets	Paasch	AI	15
09.11.2015	C. Servaty (SP)	Bedauerliche Äußerungen des Kammerpräsidenten Siegfried Bracke zur Autonomieentwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Paasch	AI	15
30.11.2015	L. Frank (CSP)	Maßnahmen zur allgemeinen Sicherheit in öffentlichen Gebäuden	Paasch	AI	16
01.12.2015	C. Gentges (PFF)	Entwicklung der Einnahmen aus der Zuschlagsteuer zur Einkommensteuer der DG – Gemeinden während den kommenden Jahren	Weykmans	AII	16
01.12.2015	C. Servaty (SP)	Mögliche Mindereinnahmen der Gemeinden der DG	Weykmans	AII	16
01.12.2015	P. Creutz (CSP)	Seminarzentrum Kloster Heidberg	Weykmans	AII	16

01.12.2015	M. Strougmayr (SP)	Ostbelgische Anti-Doping-Agentur	Weykmans	AII	16
02.12.2015	L. Scholzen (ProDG)	Demenz-Café	Antoniadis	AIV	16
02.12.2015	F. Franzen (ECOLO)	Haushaltshilfen beim Familiendienst	Antoniadis	AIV	16
02.12.2015	F. Franzen (ECOLO)	Inspektion der Krankenhäuser in der DG durch den flämischen Inspektionsdienst	Antoniadis	AIV	16
02.12.2015	E. Jadin (PFF)	Krankenhausthygiene	Antoniadis	AIV	16
02.12.2015	M. Balter (VIVANT)	Antibiotika-Resistenzen	Antoniadis	AIV	16
02.12.2015	C. Servaty (SP)	HIV-Prävention in DG	Antoniadis	AIV	16
03.12.2015	G. Freches (PFF)	Weiterbildung in der Landwirtschaft	Mollers	AIII	16
03.12.2015	G. Freches (PFF)	Aktionstage zur politischen Bildung seitens der AHS	Mollers	AIII	16
03.12.2015	K. Neycken-Bartholemy (SP)	Organisation des Schulunterrichts im Flüchtlingslager Elsenborn	Mollers	AIII	16
03.12.2015	P. Schmitz (ProDG)	Zusammenarbeitsabkommen im Bildungsbereich mit der Autonomen Provinz Bozen Südtirol	Mollers	AIII	16
03.12.2015	P. Schmitz (ProDG)	Zufriedenheit der Primarschullehrer	Mollers	AIII	16
03.12.2015	F. Franzen (ECOLO)	Kosten der IT-Komponenten von Kaleido-DG	Mollers	AIII	16
11.01.2016	C. Servaty (SP)	Verabschiedete PDG-Resolution bezüglich des regionalen Straßenbaus und die diesbezüglichen Aussagen des zuständigen Regionalministers Prévot	Paasch	AI	17
11.01.2016	L. Frank (CSP)	Abschaltung der Atomkraftwerke Tihange 2 und Doel 3	Paasch	AI	17
11.01.2016	A. Velz (ProDG)	Auswirkungen des Tax Shift auf die Teilstaaten	Paasch	AI	17
12.01.2016	F. Mockel (ECOLO)	Unterstützung der Gemeinden bei der Wahl ihrer Energieversorger	Weykmans	AII	17
12.01.2016	P. Creutz (CSP)	Kooperation mit polnischen Caritas-Verbänden im Pflegebereich	Weykmans	AII	17
12.01.2016	F. Mockel (ECOLO)	Ausführungserlass betreffend Bestattungen und Grabstätten	Weykmans	AII	17
12.01.2016	F. Mockel (ECOLO)	Sonderbeschäftigungsprogramm für ältere Arbeitsuchende	Weykmans	AII	17
13.01.2016	F. Franzen (ECOLO)	Pilotprojekt zur Betreuung von erwachsenen Menschen mit neurologischen Schädigungen und hohem Pflegebedarf	Antoniadis	AIV	17
13.01.2016	E. Jadin (PFF)	Überschuldung innerhalb der DG	Antoniadis	AIV	17
13.01.2016	M. Balter (VIVANT)	Aufklärungsarbeit der ASL bezüglich des Medikamentenkonsums	Antoniadis	AIV	17
13.01.2016	R. Nelles (CSP)	Treffen mit Minister Maxime Prévot	Antoniadis	AIV	17
13.01.2016	C. Servaty (SP)	Inhaltliche Fortsetzung der in der DG gewährleisteten Betreuung kranker Kinder	Antoniadis	AIV	17
14.01.2016	G. Freches (PFF)	Politische Bildung in der DG	Mollers	AIII	17
14.01.2016	G. Freches (PFF)	Flüchtlingskinder und Schnupperwochen	Mollers	AIII	17
14.01.2016	D. Franzen (CSP)	Schulische Kenntnisse beim Antritt der mittelständischen Ausbildung	Mollers	AIII	17
14.01.2016	M. Dhur (CSP)	Nutzung und Umsetzung des Dekrets zur Einführung eines Unterrichtsangebots zum theoretischen Fahrschulunterricht	Mollers	AIII	17
15.02.2016	M. Balter (VIVANT)	Besetzung des Posten für Umweltdelikte der Wallonischen Region für das Gebiet der DG	Paasch	AI	18
15.02.2016	C. Servaty (SP)	Föderale Tax Shift-Reform	Paasch	AI	18
16.02.2016	C. Gentges (PFF)	Tax-Shelter	Weykmans	AII	18
16.02.2016	C. Gentges (PFF)	Fonds zur Filmförderung in der Großregion	Weykmans	AII	18
17.02.2016	C. Servaty (SP)	Aktueller Stand des Neu- bzw. Umbaus des Eupener Sankt Joseph-Heims	Antoniadis	AIV	18
17.02.2016	F. Franzen (ECOLO)	Gutachten des Beirates für Gesundheitsförderung	Antoniadis	AIV	18
17.02.2016	C. Gentges (PFF)	Außerschulische Betreuung	Antoniadis	AIV	18
17.02.2016	E. Jadin (PFF)	Inklusion	Antoniadis	AIV	18

17.02.2016	M. Balter (VIVANT)	Informationen bezüglich der Luftverschmutzung durch Feinstaubemissionen auf der DG-Live Webseite	Antoniadis	AIV	18
18.02.2016	G. Freches (PFF)	Zusammenarbeit der DG mit flämischen Ausbildungszentren	Mollers	AIII	18
18.02.2016	G. Freches (PFF)	Zusammenarbeit NRW und DG auf Ebene der sportdidaktischen Weiterbildung	Mollers	AIII	18
18.02.2016	F. Franzen (ECOLO)	Projekt „Primacanta“	Mollers	AIII	18
18.02.2016	L. Scholzen (ProDG)	Vereinbarung „DG Online“	Mollers	AIII	18
18.02.2016	L. Scholzen (ProDG)	Ausbildungsmöglichkeiten	Mollers	AIII	18
18.02.2016	C. Gentges (PFF)	Kaleido-Knotenpunkt in Kelmis	Mollers	AIII	18
14.03.2016	L. Klinkenberg (ProDG)	Kooperationsabkommen zwischen der Euregio Maas Rhein und den Partner des Dreiländerecks	Paasch	AI	19
14.03.2016	A. Velz (ProDG)	Tihange	Paasch	AI	19
14.03.2016	G. Freches (PFF)	Haushaltdefizit der Föderalen Regierung	Paasch	AI	19
14.03.2016	C. Servaty (SP)	Neuerliches Milliardenloch im Föderalhaushalt	Paasch	AI	19
14.03.2016	H. Grommes (CSP)	Deutschkenntnisse des künftigen Bezirkskommissars	Paasch	AI	19
14.03.2016	F. Mockel (ECOLO)	Zukünftiger Bezirkskommissar (dringende Frage)	Paasch	AI	19
14.03.2016	M. Balter (VIVANT)	Nutzung des Europasaaals	Paasch	AI	19
14.03.2016	C. Servaty (SP)	Aktualisiertes Zusammenarbeitsabkommen zwischen Flandern und der DG	Paasch	AI	19
14.03.2016	F. Mockel (ECOLO)	Notfallreserven von Jodtabletten in den Einrichtungen der DG	Paasch	AI	19
14.03.2016	F. Mockel (ECOLO)	Kommunikationspläne im Katastrophenfall	Paasch	AI	19
15.03.2016	C. Gentges (PFF)	Berufliche Integration von Flüchtlingen	Weykmans	AII	19
15.03.2016	F. Mockel (ECOLO)	Katastrophenpläne des BRF	Weykmans	AII	19
16.03.2016	L. Klinkenberg (ProDG)	Un angekündigte Inspektion im „Golden Morgen“	Antoniadis	AIV	19
16.03.2016	P. Creutz (CSP)	Gleichberechtigung am Arbeitsplatz	Antoniadis	AIV	19
16.03.2016	R. Nelles (CSP)	Präventionskampagne zu Alkoholmissbrauch	Antoniadis	AIV	19
16.03.2016	R. Nelles (CSP)	Umsetzung der Resolution gegen Hautkrebs	Antoniadis	AIV	19
16.03.2016	R. Nelles (CSP)	Zugang zu Kaliumjodid-Tabletten in der DG bei einem nuklearen Zwischenfall	Antoniadis	AIV	19
16.03.2016	F. Franzen (ECOLO)	Verteilung von Jodtabletten im Fall einer nuklearen Katastrophe	Antoniadis	AIV	19
16.03.2016	C. Servaty (SP)	Kinderanimationsprojekt „Storchennest“	Antoniadis	AIV	19
16.03.2016	C. Servaty (SP)	Rahmenabkommen zwischen Belgien und Nordrhein-Westfalen für grenzüberschreitende Notfallversorgung	Antoniadis	AIV	19
16.03.2016	F. Franzen (ECOLO)	Interföderales Zentrum für Chancengleichheit und Bekämpfung des Rassismus und der Diskriminierungen	Antoniadis	AIV	19
16.03.2016	F. Franzen (ECOLO)	Aufklärung über die Einnahme von Jodtabletten	Antoniadis	AIV	19
16.03.2016	E. Jadin (PFF)	Familienforum „Wir bauen auf Familie“	Antoniadis	AIV	19
16.03.2016	P. Creutz (CSP)	Gesundheitskooperation Euregio	Antoniadis	AIV	19
16.03.2016	M. Balter (VIVANT)	Demenzerkrankungen	Antoniadis	AIV	19
17.03.2016	G. Freches (PFF)	Kontrollmechanismus Schulbusse	Mollers	AIII	19
17.03.2016	M. Dhur (CSP)	Aufsicht im Rahmen des Schülertransports	Mollers	AIII	19
17.03.2016	G. Freches (PFF)	DELFI-Studie in der DG	Mollers	AIII	19
17.03.2016	G. Freches (PFF)	PISA-Studie zeigt Defizite	Mollers	AIII	19
17.03.2016	D. Franzen (CSP)	Schach als Schulfach	Mollers	AIII	19
17.03.2016	L. Scholzen (ProDG)	Vereinheitlichung des Studiums der Krankenpflege	Mollers	AIII	19

17.03.2016	F. Franzen (ECOLO)	Vorrat von Jodtabletten in den Schulen	Mollers	AIII	19
17.03.2016	F. Franzen (ECOLO)	Hausaufgaben	Mollers	AIII	19
17.03.2016	F. Franzen (ECOLO)	Dekretentwurf Nachteilsausgleich und Notenschutz	Mollers	AIII	19
17.03.2016	F. Franzen (ECOLO)	Katastrophenplan im Schulwesen	Mollers	AIII	19
17.03.2016	F. Franzen (ECOLO)	Sprachstanderhebung in der DG	Mollers	AIII	19
17.03.2016	P. Schmitz (ProDG)	Religionsunterricht in der DG	Mollers	AIII	19
21.03.2016	P. Creutz (CSP)	Bauschäden am ZAWM in Eupen (dringende Frage)	Mollers	PL	20
21.03.2016	A. Mertes (VIVANT)	Bauschäden im ZAWM (dringende Frage)	Mollers	PL	20
11.04.2016	H. Grommes (CSP)	Auswirkungen einer möglichen Indexanpassung für die DG	Paasch	AI	20
11.04.2016	L. Frank (CSP)	Aktivitäten des Leiters der Brüsseler DG-Vertretung in Berlin	Paasch	AI	20
11.04.2016	M. Balter (VIVANT)	Nichtbeantwortung der schriftlichen Fragen	Paasch	AI	20
11.04.2016	M. Balter (VIVANT)	Resolutionsvorschlag Straßenbau	Paasch	AI	20
11.04.2016	C. Servaty (SP)	Wechsel an der Spitze der Stiftung Euregio Maas-Rhein	Paasch	AI	20
12.04.2016	M. Strougmayr (SP)	Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt in der DG	Weykmans	AII	20
12.04.2016	M. Strougmayr (SP)	Qualität der Telefon- und Internetverbindungen auf dem Gebiet der DG	Weykmans	AII	20
12.04.2016	C. Gentges (PFF)	Kultur im Fokus	Weykmans	AII	20
13.04.2016	F. Franzen (ECOLO)	SWOT-Analyse der aktuellen Gesetzgebung zu den Öffentlichen Sozialhilfezentren	Antoniadis	AIV	20
13.04.2016	L. Klinkenberg (ProDG)	Notaufnahmen der Krankenhäuser in Eupen und St. Vith	Antoniadis	AIV	20
13.04.2016	E. Jadin (PFF)	Seniorenbeauftragter	Antoniadis	AIV	20
13.04.2016	L. Scholzen (ProDG)	Präventionsprotokoll	Antoniadis	AIV	20
13.04.2016	C. Servaty (SP)	Preisentwicklung in den Alten- und Pflegeheimen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	20
13.04.2016	F. Cremer (ProDG)	Umsetzung der Zuständigkeit der Revalidationskonventionen	Antoniadis	AIV	20
14.04.2016	G. Freches (PFF)	EU-Schulmilch- und Schulobstprogramm	Mollers	AIII	20
14.04.2016	G. Freches (PFF)	Internationaler Gipfel zum Lehrerberuf in Berlin	Mollers	AIII	20
14.04.2016	F. Franzen (ECOLO)	Vakante Schulleiterstellen	Mollers	AIII	20
14.04.2016	F. Franzen (ECOLO)	VERA Studie	Mollers	AIII	20
14.04.2016	F. Franzen (ECOLO)	Bezahlter Bildungsurlaub	Mollers	AIII	20
14.04.2016	F. Franzen (ECOLO)	Einfluss von Veranstaltungen im Kloster Heidberg auf den Schulbetrieb an der Pater Damian Grund- und Förderschule	Mollers	AIII	20
14.04.2016	F. Franzen (ECOLO)	Finanzielle Unterstützung der Kindergärten	Mollers	AIII	20
14.04.2016	G. Freches (PFF)	Gleitzeit in Schulen	Mollers	AIII	20
14.04.2016	P. Schmitz (ProDG)	Ständige Konferenz der Bildungsminister des Europarates	Mollers	AIII	20
14.04.2016	K. Neycken-Bartholemy (SP)	Entwicklungen bei vorzeitigen Schulabgängern in der DG	Mollers	AIII	20
25.04.2016	F. Mockel (ECOLO)	Haushaltspfad der DG 2016 und 2017 – Haushaltsgleichgewicht im Jahr 2018 (dringende Frage)	Paasch	PL	20
25.04.2016	F. Mockel (ECOLO)	Positionierung der Regierung der DG zur Schließung der AKW Tihange 2 und Doel 3 nach der Reaktion der Bundesregierung (dringende Frage)	Paasch	PL	20
09.05.2016	L. Frank (CSP)	Ausbau des DG-Ministeriums	Paasch	AI	21
09.05.2016	L. Frank (CSP)	Spareffekt des Krisendekrets 2012	Paasch	AI	21
09.05.2016	L. Frank (CSP)	Zusatzfinanzierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Paasch	AI	21

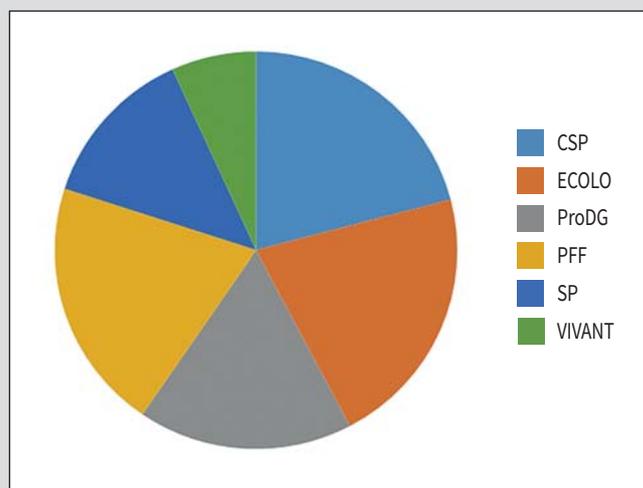
09.05.2016	L. Frank (CSP)	Umsetzung der Resolution bezüglich der Abschaltung der schadhafte Reaktoren Tihange 2 und Doel 3	Paasch	AI	21
09.05.2016	F. Mockel (ECOLO)	Personal der Kabinette und der Kanzlei	Paasch	AI	21
09.05.2016	A. Velz (ProDG)	Mitarbeitern der Kabinette und der Kanzlei	Paasch	AI	21
09.05.2016	L. Klinkenberg (ProDG)	Auswahlverfahren für die Beamten der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Paasch	AI	21
09.05.2016	L. Klinkenberg (ProDG)	Verlautbarung der PS betreffend die Zuständigkeitsübertragungen an die Regionen	Paasch	AI	21
10.05.2016	M. Braem (CSP)	Dekretänderung in der Wallonischen Region	Weykmans	AII	21
10.05.2016	M. Braem (CSP)	Eröffnung eines privaten Gastronomiebetriebs	Weykmans	AII	21
10.05.2016	F. Mockel (ECOLO)	Aufbau eines digitalen Radionetzes DAB+ in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Weykmans	AII	21
10.05.2016	F. Mockel (ECOLO)	Informationsaustausch zwischen dem ADG und Onem	Weykmans	AII	21
10.05.2016	A. Miesen	Aussagen von Minister Furlan zum Wahlsystem innerhalb der DG	Weykmans	AII	21
11.05.2016	L. Klinkenberg (ProDG)	Dienstleistungsschecks	Antoniadis	AIV	21
11.05.2016	L. Klinkenberg (ProDG)	Gemeinschaftszentrum für Krebsfrüherkennung	Antoniadis	AIV	21
11.05.2016	P. Creutz	Integrationsparcours der Föderalregierung	Antoniadis	AIV	21
11.05.2016	P. Creutz	Eingliederungseinkommen in der DG	Antoniadis	AIV	21
12.05.2016	G. Freches (PFF)	MINTTH-Berufe für Mädchen	Mollers	AIII	21
12.05.2016	G. Freches (PFF)	Gewalt gegen Lehrpersonen	Mollers	AIII	21
12.05.2016	G. Freches (PFF)	Bildungsserver "Ihre Meinung zählt!"	Mollers	AIII	21
12.05.2016	F. Cremer (ProDG)	Lehrerpensionen	Mollers	AIII	21
12.05.2016	P. Schmitz (ProDG)	Sektorenabkommen 2016-2017	Mollers	AIII	21
12.05.2016	D. Franzen (CSP)	Lehrermangel und finanzielle Aufwertung des Lehrerberufs	Mollers	AIII	21
12.05.2016	D. Franzen (CSP)	Erweiterung der Pater-Damian-Schule	Mollers	AIII	21
12.05.2016	M. Dhur (CSP)	Erste-Hilfe-Kurse in Sekundarschulen	Mollers	AIII	21
12.05.2016	M. Dhur (CSP)	Gründe für den Rücktritt der Leiterin des Dienstes für gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in der DG "KALEIDO"	Mollers	AIII	21
12.05.2016	K. Neycken-Bartholemy (SP)	Informatikunterricht in den Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	21
30.05.2016	F. Franzen (ECOLO)	Reaktion auf die Petition (Aufnahme von Verhandlungen mit OIKOS) von 1800 Bürgerinnen und Bürger	Antoniadis	P	21
06.06.2016	L. Klinkenberg (ProDG)	Empfangszentrum Elsenborn	Paasch	AI	22
06.06.2016	L. Klinkenberg (ProDG)	Kooperationsvereinbarung zum Dreiländerpark	Paasch	AI	22
06.06.2016	F. Mockel (ECOLO)	Vollmacht für die Unterzeichnung des Abkommens "CETA" durch das Außenministerium	Paasch	AI	22
06.06.2016	C. Servaty (SP)	Situation des Bahnhofs in Eupen	Paasch	AI	22
06.06.2016	A. Velz (ProDG)	Beziehungen zur Wallonischen Region	Paasch	AI	22
06.06.2016	A. Velz (ProDG)	Verschuldung der DG	Paasch	AI	22
08.06.2016	E. Jadin (PFF)	Betriebskrippen	Antoniadis	AIV	22
08.06.2016	M. Balter (VIVANT)	Öffentliche Ausschreibung : "Ausarbeitung eines Integrationskurses für Migranten"	Antoniadis	AIV	22
08.06.2016	P. Creutz (CSP)	Integrationsparcours DG	Antoniadis	AIV	22
08.06.2016	M. Balter (VIVANT)	Kindesmisshandlung	Antoniadis	AIV	22

08.06.2016	L. Klinkenberg (ProDG)	Reform des Eingliederungseinkommen	Antoniadis	AIV	22
08.06.2016	C. Servaty (SP)	Mögliche Zusammenarbeit zwischen der DG und der König-Baudouin-Stiftung beim Vorhaben "Integration Ostbelgien"	Antoniadis	AIV	22
08.06.2016	P. Creutz (CSP)	Ferienbetreuung für Kinder	Antoniadis	AIV	22
08.06.2016	P. Creutz (CSP)	Dreiland Jugendhilfe V.O.G	Antoniadis	AIV	22
08.06.2016	P. Creutz (CSP)	Ausbildung zum Krankenpfleger	Antoniadis	AIV	22
08.06.2016	M. Balter (VIVANT)	Krebsnachsorge in der DG	Antoniadis	AIV	22
08.06.2016	L. Scholzen (ProDG)	Bau einer zweiten Kinderkrippe in der DG	Antoniadis	AIV	22
09.06.2016	G. Freches (PFF)	Präventive De-Radikalisierungsarbeit mittels interkultureller Aufklärung in Schulen	Mollers	AIII	22
09.06.2016	G. Freches (PFF)	Gefahrenverhütungsberater am Arbeitsplatz	Mollers	AIII	22
09.06.2016	G. Freches (PFF)	Inklusion in Schulen	Mollers	AIII	22
09.06.2016	D. Franzen (CSP)	Ausbildung zum Krankenpfleger in der DG	Mollers	AIII	22
09.06.2016	P. Schmitz (ProDG)	Aktionsplan "Interkultureller Dialog im Bildungswesen"	Mollers	AIII	22
09.06.2016	P. Schmitz (ProDG)	Zusammenarbeitsabkommen im Bildungsbereich zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Landkreis Vorpommern-Greifswald	Mollers	AIII	22
09.06.2016	F. Franzen (ECOLO)	Katastrophenplan im Schulwesen	Mollers	AIII	22
05.09.2016	L. Frank (CSP)	Zustand des ehemaligen Parlamentsgebäude am Eupener Kaperberg	Paasch	AI	
05.09.2016	F. Mockel (ECOLO)	Veranstaltung vom 8. September 2016 im Kloster Heidberg	Paasch	AI	
05.09.2016	C. Servaty (SP)	Auswirkungen des Fiskalpakts auf die Deutschsprachigen Gemeinschaft, deren Gemeinden und Vereinswelt	Paasch	AI	
06.09.2016	P. Creutz (CSP)	Subventionierung des Infrastrukturprojektes Nr. 4071: Museum Eupen Gospert 52	Weykmans	AII	
06.09.2016	A. Mertes (VIVANT)	Misstände im Tourismus rund um den Bütgenbacher See	Weykmans	AII	
07.09.2016	L. Klinkenberg (ProDG)	Beirat für Familien- und Generationenfragen	Antoniadis	AIV	
07.09.2016	E. Jadin	Demenzstrategie	Antoniadis	AIV	
07.09.2016	P. Creutz (CSP)	Begleitung von "radikalisierten Personen und Terroristen" durch die DG	Antoniadis	AIV	
07.09.2016	R. Nelles (CSP)	Anstieg des Eigenanteils bei Zahnarztbesuche	Antoniadis	AIV	
07.09.2016	P. Creutz (CSP)	Aufwandsentschädigungen der Tagesmütter	Antoniadis	AIV	
07.09.2016	P. Creutz (CSP)	Aufschlüsselung des Kindergeldes ab 1. Januar 2019	Antoniadis	AIV	
07.09.2016	F. Franzen (ECOLO)	Erweiterung der Anzahl geschützter Arbeitsplätze	Antoniadis	AIV	
07.09.2016	C. Servaty (SP)	Integrationsbeauftragter	Antoniadis	AIV	
15.09.2016	G. Freches (PFF)	Software Kaleido	Mollers	AIII	
15.09.2016	G. Freches (PFF)	Teilzeitunterricht St. Vith und Eupen	Mollers	AIII	
15.09.2016	G. Freches (PFF)	Kaleido-Direktionsposten	Mollers	AIII	
15.09.2016	P. Schmitz (ProDG)	Interimsdirektor des Zentrums Kaleido-DG	Mollers	AIII	
15.09.2016	G. Freches (PFF)	Projekt Time-Out	Mollers	AIII	
15.09.2016	D. Franzen (CSP)	Lehrermangel	Mollers	AIII	
15.09.2016	F. Franzen (ECOLO)	Hausunterrichtskommission	Mollers	AIII	
15.09.2016	F. Franzen (ECOLO)	Rückerstattung Logopädie	Mollers	AIII	
15.09.2016	F. Franzen (ECOLO)	Ergebnisse der Veranstaltungen zum Konzept "Gutes Personal für gute Schulen"	Mollers	AIII	
15.09.2016	P. Schmitz (ProDG)	Hohe Schulkosten	Mollers	AIII	

15.09.2016	F. Cremer (ProDG)	Mögliche Eingangsprüfung an frankophone Universitäten für angehende Medizinstudenten	Mollers	AIII
15.09.2016	A. Mertes (VIVANT)	Überfüllte Busverbindung Manderfeld-St.Vith Nr. 401	Mollers	AIII
15.09.2016	K. Neycken-Bartholemy (SP)	Besetzung offener Ausbildungsstellen	Mollers	AIII
15.09.2016	K. Neycken-Bartholemy (SP)	Möglichkeit, Luxemburgisch, Italienisch, Spanisch, Chinesisch, Russisch und Arabisch als Wahlfach in den Schulen der DG anzubieten	Mollers	AIII

Fraktion Fragesteller	Befragter Minister	Anzahl	Gesamt
CSP	Antoniadis (SP)	17	
CSP	Paasch (ProDG)	11	
CSP	Mollers (ProDG)	11	
CSP	Weykmans (PFF)	7	46
ECOLO	Antoniadis (SP)	12	
ECOLO	Paasch (ProDG)	10	
ECOLO	Mollers (ProDG)	18	
ECOLO	Weykmans (PFF)	7	47
ProDG	Antoniadis (SP)	11	
ProDG	Paasch (ProDG)	11	
ProDG	Mollers (ProDG)	15	
ProDG	Weykmans (PFF)	1	38
PFF	Antoniadis (SP)	9	
PFF	Paasch (ProDG)	2	
PFF	Mollers (ProDG)	28	
PFF	Weykmans (PFF)	6	45

SP	Antoniadis (SP)	10	
SP	Paasch (ProDG)	9	
SP	Mollers (ProDG)	5	
SP	Weykmans (PFF)	5	29
VIVANT	Antoniadis (SP)	7	
VIVANT	Paasch (ProDG)	4	
VIVANT	Mollers (ProDG)	3	
VIVANT	Weykmans (PFF)	1	15



Von 139 mündlichen Fragen in der Sitzungsperiode 2014-2015 stieg die Anzahl auf 220 Fragen im Zeitraum 2015-2016. Die Reform der parlamentarischen Arbeitsweise hat augenscheinlich zu einer verstärkten Nutzung der mündlichen Fragen im Rahmen von öffentlichen Ausschusssitzungen geführt.

SCHRIFTLICHE FRAGEN

In der Sitzungsperiode 2015-2016 wurden 80 schriftliche Fragen gestellt.

Frage	Datum	Thema	Fragesteller	Befragter Minister	Beantwortet am ...	Zu beantworten bis ...
57	17.09.2015	Verabschiedung eines Maßnahmenpakets im Unterrichtswesen zum Thema Migration und Fremdenfeindlichkeit	A. Mertens (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 12.10.2015	15.10.2015
58	17.09.2015	Kosten für Pressebeihilfen der DG und sonstige Ausgaben in diesem Bereich <i>Ergänzung zur Antwort</i>	M. Balter (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 14.10.2015 30.10.2015	15.10.2015
59	24.09.2015	Außerschulische Betreuung	A. Mertens (VIVANT)	A. Antoniadis	Nicht fristgerecht 29.10.2015	22.10.2015
60	24.09.2015	Gesellschaftsbeteiligung an der regio iT aus Aachen	A. Mertens (VIVANT)	O. Paasch	Nicht fristgerecht 16.11.2015	22.10.2015
61	21.10.2015	Organisationsanalyse RZKB	F. Franzen (ECOLO)	A. Antoniadis	Fristgerecht 05.11.2015	18.11.2015
62	23.10.2015	Baumängel in PPP-Bauprojekten	A. Mertens (VIVANT)	H. Mollers	Fristgerecht 20.11.2015	20.11.2015
63	26.10.2015	Finanzielle Verluste des Klosters Heideberg	F. Mockel (ECOLO)	I. Weykmans	Fristgerecht 23.11.2015	23.11.2015
64	17.11.2015	Allgemeine laufende Kosten in Ihrem Organisationsbereich (OB40)	M. Balter (VIVANT)	I. Weykmans	Fristgerecht 14.12.2015	15.12.2015
65	17.11.2015	Allgemeine laufende Kosten in Ihrem Organisationsbereich (OB50)	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 14.12.2015	15.12.2015
66	17.11.2015	Allgemeine laufende Kosten in Ihrem Organisationsbereich (OB30)	M. Balter (VIVANT)	H. Mollers	Fristgerecht 14.12.2015	15.12.2015
67	17.11.2015	Allgemeine laufende Kosten in Ihren Organisationsbereichen (OB10, OB20, OB70)	M. Balter (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 14.12.2015	15.12.2015
68	26.11.2015	Die Gefahr von Feinstaub bei Schwangeren	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 04.01.2016	04.01.2016
69	22.12.2015	Studien zur Impfwirksamkeit	M. Balter	A. Antoniadis (VIVANT)	Fristgerecht 01.02.2016	19.01.2016 Verl.: 01.02.2016
70	22.12.2015	Ernährung in öffentlichen Kantinen	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 01.02.2016	19.01.2016 Verl.: 01.02.2016
71	22.12.2015	Ernährung in Altenheimen	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 01.02.2016	19.01.2016 Verl.: 01.02.2016
72	22.12.2015	Gesamtverschuldung der DG	M. Balter (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 15.01.2016	19.01.2016
73	23.12.2015	Sprachkurse für Nicht-EU-Bürger	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 01.02.2016	20.01.2016 Verl.: 01.02.2016
74	23.12.2015	Steigerung der Allergien	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 28.01.2016	20.01.2016 Verl.: 01.02.2016
75	23.12.2015	Resultate der EMA-Studie	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 01.02.2016	20.01.2016 Verl.: 01.02.2016
76	23.12.2015	Konsum von Psychopharmaka in Altersheimen	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 01.02.2016	20.01.2016 Verl.: 01.02.2016
77	06.01.2016	Forderung weiterer Befugnisübertragungen für die Regionalstraßen von der Wallonischen Region an die DG	M. Balter (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 02.02.2016	03.02.2016
78	15.01.2016	Luftverschmutzung durch Feinstaubemissionen	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 11.02.2016	12.02.2016

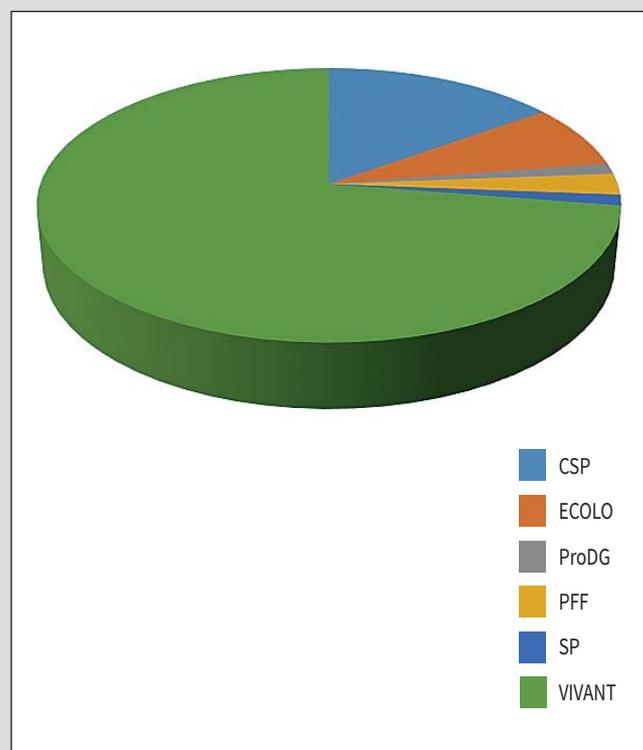
79	18.01.2016	OECD-Studie zur Häufigkeit von Fett-leibigkeit in Industrieländern	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 21.01.2016	16.02.2016
80	20.01.2016	Aktualisierung der Impfbroschüren	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 15.02.2016	17.02.2016
81	01.02.2016	Schätzungen der Auswirkungen des sogenannten „Tax-Shift“ der Föderalregierung auf die Finanzen der neun Gemeinden der DG für die Jahre 2016 bis 2021	A. Miesen (PFF)	O. Paasch	Fristgerecht 12.02.2016	29.02.2016
82	12.02.2016	Ergebnis der Sitzung des Konzertierungsausschusses vom 25.11.2015 bezüglich des Finanzierungsgesetzes in Sachen Krankenhausinfrastruktur	H. Grommes (CSP)	O. Paasch	Fristgerecht 11.03.2016	11.03.2016
83	15.02.2016	Mitglieder des Netzwerks „Die Welt in Ostbelgien“	F. Mockel (ECOLO)	O. Paasch	Fristgerecht 14.03.2016	14.03.2016
84	17.02.2016	Entwicklung der Finanzierung der DG durch den Einsatz von Liquiditätsscheinen	H. Grommes (CSP)	O. Paasch	Fristgerecht 01.03.2016	16.03.2016
85	17.02.2016	Statistik zur Entwicklung der Finanzierung der Gemeinden seit der Übernahme der Zuständigkeit der Aufsicht über die Gemeinden durch die DG	H. Grommes (CSP)	O. Paasch	Fristgerecht 11.03.2016	16.03.2016
86	02.03.2016	Zahlenmäßige Beanspruchung der ÖSHZ, der Lebensmittelbanken des Roten Kreuzes sowie der Schuldnerberatungsstellen	L. Klinkenberg (ProDG)	A. Antoniadis	Fristgerecht 23.03.2016	31.03.2016
87	07.03.2016	Steuerliche Absetzbarkeit von Spenden an die VoG KITZ	F. Franzen (Ecolo)	A. Antoniadis	Fristgerecht 01.04.2016	04.04.2016
88	10.03.2016	Technisches Inventar an Schulen	M. Balter (VIVANT)	H. Mollers	Fristgerecht 07.04.2016	07.04.2016
89	10.03.2016	Nutzung von Mobiltelefonen an Schulen	M. Balter (VIVANT)	H. Mollers	Fristgerecht 07.04.2016	07.04.2016
90	14.03.2016	Essen in der außerschulischen Betreuung	A. Mertes (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 11.04.2016	11.04.2016
91	31.03.2016	Impfdosen und Kosten	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 08.04.2016	28.04.2016
92	31.03.2016	Forderung weiterer Befugnisübertragungen für Regionalstraßen von der Wallonischen Region an die DG	M. Balter (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 27.04.2016	28.04.2016
93	31.03.2016	Gesamtverschuldung der DG	M. Balter (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 28.04.2016	28.04.2016
94	31.03.2016	Personal der Kabinette und der Kanzlei	F. Mockel (ECOLO)	O. Paasch	Fristgerecht 29.04.2016	29.04.2016
95	14.04.2016	Dienstleistungsauftrag zum Qualitätsmanagement-Programm „Service Qualität Ostbelgien“	L. Frank (CSP)	I. Weykmans	Fristgerecht 09.05.2016	12.05.2016
96	14.04.2016	Wert von Kunstgegenständen im Besitz der DG	L. Frank (CSP)	O. Paasch	Fristgerecht 11.05.2016	12.05.2016
97	15.04.2016	Gesundheitszustand der DG-Bürger	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 13.05.2016	13.05.2016
98	18.04.2016	Sportstätten-Entwicklungsstudie	H. Grommes (CSP)	I. Weykmans	Fristgerecht 13.05.2016	17.05.2016
99	21.04.2016	Zahnärztliche Versorgung in der DG	A. Miesen	A. Antoniadis (PFF)	Fristgerecht 19.05.2016	20.05.2016
100	25.04.2016	Finanzielle Unterstützung der Kindergärten	F. Franzen (Ecolo)	H. Mollers	Fristgerecht 23.05.2016	23.05.2016
101	29.04.2016	Nachfrage zu der Antwort auf Frage Nr. 88 und Rückfragen des Ministers	M. Balter (VIVANT)	H. Mollers	Fristgerecht 30.05.2016	30.05.2016

102	12.05.2016	Aktualisierung der Impfbroschüre	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 09.06.2016	09.06.2016
103	12.05.2016	Nachfrage zur Schriftlichen Frage Nr. 76 – Konsum von Psychopharmaka in Altenheimen	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 06.06.2016	09.06.2016
104	12.05.2016	Die Gefahr von Ritalin	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 09.06.2016	09.06.2016
105	12.05.2016	Aufklärungsarbeit der ASL zum Medikamentenkonsum	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 09.06.2016	09.06.2016
106	12.05.2016	Kosten für Pressebeihilfen der DG und sonstige Ausgaben in diesem Bereich	M. Balter (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 09.06.2016	09.06.2016
107	12.05.2016	Förderung von Sportlern	A. Mertes (VIVANT)	I. Weykmans	Nicht fristgerecht 10.06.2016	09.06.2016
108	19.05.2016	Sendestörung des Offenen Kanals Ostbelgien	A. Mertes (VIVANT)	I. Weykmans	Fristgerecht 13.06.2016	16.06.2016
109	19.05.2016	Kampagne des FÖD über die Risiken eines übermäßigen Gebrauchs von Schlaf- und Beruhigungsmitteln bei Angstgefühlen, Stress und Schlaflosigkeit	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 23.05.2016	16.06.2016
110	30.05.2016	Sponsoring	L. Frank (CSP)	O. Paasch	Nicht fristgerecht XX.06.2016	27.06.2016
111	30.05.2016	Infrastrukturplanungen Kaleido-DG	L. Frank (CSP)	H. Mollers	Fristgerecht 27.06.2016	27.06.2016
112	30.05.2016	Entwicklung der Anzahl der Mitarbeiter in den Kabinetten der DG-Regierungsmitglieder	L. Frank (CSP)	O. Paasch	Fristgerecht 27.06.2016	27.06.2016
113	30.05.2016	Entwicklung der Anzahl der Mitarbeiter im DG-Ministerium	L. Frank (CSP)	O. Paasch	Fristgerecht 27.06.2016	27.06.2016
114	13.06.2016	Vollmachten hinsichtlich zweier Abkommen zwischen Kanada und der EU	C. Servaty C. Servaty (SP)	O. Paasch	Fristgerecht 24.06.2016	11.07.2016
115	16.06.2016	Gewalt gegen ältere Menschen	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 08.07.2016	14.07.2016
116	20.06.2016 (bearbeitet am 21.06.2016)	Nachfrage zur Frage Nr. 60 hinsichtlich einer Gesellschaftsbeteiligung der DG an der regio IT GmbH	A. Mertes (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 30.06.2016	19.07.2016
117	21.06.2016	Konzept für Prävention und Gesundheitsförderung	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 04.07.2016	19.07.2016
118	11.07.2016	Raumreservierung des Europasaals und des Foyers Lüttich	M. Balter (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 29.08.2016	29.08.2016 n.V.
119	11.07.2016	Fiskalpakt	M. Balter (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 29.08.2016	29.08.2016 n.V.
120	11.07.2016	Gesamtverschuldung der Deutschsprachigen Gemeinschaft	M. Balter (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 29.08.2016	29.08.2016 n.V.
121	12.07.2016	Anpassung des Krankenpflegediploms an EU-Richtlinien	M. Balter (VIVANT)	H. Mollers	Fristgerecht 30.08.2016	30.08.2016 n.V.
122	14.07.2016	HPV-Impfung	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 19.08.2016	01.09.2016 n.V.
123	14.07.2016	Bekämpfung von Armut	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 17.08.2016	01.09.2016 n.V.
124	15.07.2016	Zuwendungen an verschiedene Einrichtungen	M. Balter (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 02.09.2016	02.09.2016 n.V.
125	15.07.2016	Kosten für Pressebeihilfen (Nachfrage)	M. Balter (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 02.09.2016	02.09.2016 n.V.

126	15.07.2016	Stellenausschreibung Referenten für Standortmarketing	M. Balter (VIVANT)	O. Paasch	Fristgerecht 02.09.2016	02.09.2016 n.V.
127	18.07.2016	Vorgesehener Integrationsparcours	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis	Fristgerecht 05.09.2016	05.09.2016 n.V.
128	25.07.2016	Psychologische Betreuung in den Sekundarschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Mertes (VIVANT)	H. Mollers	Fristgerecht 12.09.2016	12.09.2016 n.V.
129	25.07.2016	Schulessenzubereitung an der Zentralküche in Eupen	A. Mertes (VIVANT)	H. Mollers	Fristgerecht 12.09.2016	12.09.2016 n.V.
130	11.08.2016	Zuschüsse an landwirtschaftliche Verbände	A. Mertes (VIVANT)	O. Paasch		29.09.2016 n.V.
131	30.08.2016	Infrastruktur	L. Frank (CSP)	O. Paasch		18.10.2016 n. V.
132	05.09.2016	Anzahl der Geburten per Kaiserschnitt in der DG	A. Mertes (VIVANT)	A. Antoniadis		04.10.2016
133	05.09.2016	Anzahl an programmierten Kaiserschnitten in der DG	A. Mertes (VIVANT)	A. Antoniadis		04.10.2016
134	08.09.2016	Langzeitarbeitsunfähigkeit bei Frauen	M. Balter (VIVANT)	A. Antoniadis		07.10.2016
135	13.09.2016	Infrastrukturprojekte	L. Frank (CSP)	O. Paasch		12.10.2016
136	13.09.2016	„Business-Seats“ für Heimspiele der AS Eupen	M. Balter (VIVANT)	O. Paasch		12.10.2016

n.V. = nach Verlängerung

Fraktion Fragensteller	Fraktion befragter Minister	Anzahl	Gesamt
CSP	Antoniadis (SP)	0	
CSP	Paasch (ProDG)	9	
CSP	Mollers (ProDG)	1	
CSP	Weykmans (PFF)	2	12
ECOLO	Antoniadis (SP)	2	
ECOLO	Paasch (ProDG)	2	
ECOLO	Mollers (ProDG)	1	
ECOLO	Weykmans (PFF)	1	6
ProDG	Antoniadis (SP)	1	
ProDG	Paasch (ProDG)	0	
ProDG	Mollers (ProDG)	0	
ProDG	Weykmans (PFF)	0	1
PFF	Antoniadis (SP)	1	
PFF	Paasch (ProDG)	1	
PFF	Mollers (ProDG)	0	
PFF	Weykmans (PFF)	0	2
SP	Antoniadis (SP)	0	
SP	Paasch (ProDG)	1	
SP	Mollers (ProDG)	0	
SP	Weykmans (PFF)	0	1
VIVANT	Antoniadis (SP)	29	
VIVANT	Paasch (ProDG)	18	
VIVANT	Mollers (ProDG)	8	
VIVANT	Weykmans (PFF)	3	58



Auch die Anzahl der schriftlichen Fragen ist im Vergleich zur vorherigen Sitzungsperiode gestiegen (56 für 2014-2015). Insbesondere die Vivant-Fraktion greift gerne auf dieses Instrument der Regierungskontrolle zurück.



THEMENDEBATTEN

Themendebatten bieten die Möglichkeit, eine parlamentarische Diskussion über bestimmte Themen von allgemeinem Interesse zu führen. Die Regierung kann sich an der Debatte beteiligen, ist aber – im Gegensatz zu den anderen Kontrollinstrumenten – nicht dazu verpflichtet.

Am 25. Januar 2016 organisierte das Parlament eine Themendebatte zur „Flüchtlings-, Migranten- und Integrationspolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft“. Die Debatte fand im Rahmen einer Plenarsitzung statt.

Im Vorfeld fand am 13. Januar 2016 im Rahmen einer Sitzung des Aus-

schusses IV eine öffentliche Anhörung statt. Verschiedene Feldakteure wurden eingeladen, u. a. Mitarbeiter der RESI-Arbeitsgruppe „Integration“, die Direktorin des Asylbewerberheims Eupen, aber auch ein syrischer Flüchtling, der schon seit fünf Jahren in Belgien lebt.

Die Anhörung ist nachzulesen im Dokument 106 (2015-2016) Nr. 1 – Anhörung von Feldakteuren zum Thema „Flüchtlings-, Migranten- und Integrationspolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ – Bericht.

Die Themendebatte findet der Leser im Ausführlichen Bericht Nr. 23.

Das Thema der Flüchtlingspolitik wurde abgerundet durch eine Veranstaltung im Parlament mit dem Titel „Herausforderung Integration – für mehr Begegnung in Ostbelgien“ am 18. Mai 2016.



PARLAMENT ALS OFFENES HAUS

Das Parlament ist das Haus der Bürgerinnen und Bürger. Jeder kann das Parlament besuchen und die Arbeiten auf transparente Weise mitverfolgen. In dieser Hinsicht wurde das Angebot während der Sitzungsperiode 2015-2016 erweitert. Neben den Plenarsitzungen sind nun auch die Ausschusssitzungen zur Regierungskontrolle und zur Anhörung von Experten öffentlich. Sie finden im Plenarsaal statt und stehen für Publikum offen. Darüber hinaus bemüht sich das Parlament, die parlamentarische Arbeit noch anschaulicher darzustellen. So wurde das Informationsangebot auf Ebene der neuen Medien nochmals erweitert. Ähnliches trifft auf die Parlamentsbibliothek, die nicht nur für Abgeordnete zugänglich ist, sondern auch für Studierende und Bürger. Darüber hinaus werden im Parlament Besuchergruppen und Schüler gerne empfangen, ebenso Gäste aus anderen Parlamenten oder Institutionen. Nicht zuletzt gilt das Parlament auch als Veranstaltungsort. Wir bieten ein Forum für die unterschiedlichsten Themen.

DIE PARLAMENTSBIbliothEK - ein parlamentarischer Informationsdienst

Am 4. November 2015 konnte Parlamentspräsident Lambert im Rahmen eines Pressegesprächs die Aufnahme des Bestands der Parlamentsbibliothek in den Bibliotheksverbund MediaDG bekanntgeben.

Die Parlamentsbibliothek ist eine Dienstleistung der Parlamentsverwaltung für die politischen Entscheidungsträger, die Behördenmitarbeiter und auch für die Öffentlichkeit.

Als Bibliothek der Legislative ist sie ein Angebot zur Unterstützung der Sach- und Facharbeit im Parlament, indem sie Informationen und Medien für diejenigen bereitstellt, die politische Entscheidungen vorbereiten, die sie treffen und die sie durchsetzen.

Die Politik der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Staatswissenschaft, Verfassungsrecht, Föderalismus und Autonomie, Parlamentarismus und politische Bildung sind nur einige Bereiche, zu denen weiterführende Literatur und Fachzeitschriften bereitgestellt werden.

Über den Verbund MediaDG ist die Online-Suche nach Medien im Bestand der Parlamentsbibliothek sowie in den Beständen der übrigen beteiligten Bibliotheken und Mediotheken (Schulmediotheken der Sekundarschulen der DG, Pädagogische Mediotheken der DG, zentrale Öffentliche Bibliotheken der DG, Historische Bibliothek des Staats-



archivs Eupen und Schulmediothek des Regino-Gymnasiums Prüm) möglich.

Den Einstieg zum Online-Katalog der Parlamentsbibliothek findet man über die eigene Homepage (<http://bibliothek.pdg.be>) oder über die Webseite des Bibliotheksverbunds (www.mediadg.be).

LIVESTREAM

Über den Livestream auf der Website des Parlaments ist es nun auch möglich, sich öffentliche Sitzungen in Echtzeit anzuschauen. Wer keinen Kabelanschluss hat und somit die Übertragungen des Offenen Kanal Ostbelgien nicht mitverfolgen kann, hat die Möglichkeit, über das Internet einen Blick in den Plenarsaal zu werfen. Plenarsitzungen und öffentliche Ausschusssitzungen werden live ausgestrahlt. Gezeigt werden ebenfalls Veranstaltungen, die vom Parlament organisiert werden, beispielsweise die Verleihung des Preises des Parlaments. Darüber hinaus gibt es aber nach wie vor die Möglichkeit, sich öffentliche Sitzungen im Nachhinein auf der Website des Parlaments anzusehen.



VERANSTALTUNGEN

Ob jährlich wiederkehrende Veranstaltungen oder neue Formate, in der Sitzungsperiode 2015-2016 wurden zahlreiche Aktivitäten durchgeführt, die auch der Öffentlichkeit zugänglich waren. Entdecken Sie hier die Höhepunkte des Veranstaltungsjahrs, chronologisch geordnet.

Lesung und Buchvorstellung „Versöhnung über Gräbern“



Am Sonntag, 4. Oktober 2015 fand im Parlament eine Matineeveranstaltung zum Thema Ardennenoffensive statt. 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs ist das Thema der Ardennenoffensive immer noch präsent. Dr. Wingolf Scherer stellte sein Buch „Die letzte Schlacht – Eifel front und Ardennenoffensive 1944/45“ vor. Der über 90-jährige Autor erinnerte an die Geschehnisse der Ardennen-Offensive und an die Schicksale der Sol-

daten, darunter auch des deutschen Unteroffiziers Hans-Hermann Paulsen, der in Rocherath ums Leben kam. Der Sohn des im Buch erwähnten Soldaten Paulsen las aus Briefen des Vaters an seine Mutter. Und Förster Erich Hönen berichtete über seine Erfahrungen bei der Bergung gefallener Soldaten im Rocherather Wald.

Lesung „Am Abgrund zur Hölle“

Das Parlament als Lesungsort für einen Krimi, der im wahrsten Sinne des Wortes unter die Haut geht – auch das ist möglich. Am 8. November 2015 stellte der Autor dem interessierten Publikum seinen regionalbezogenen Roman vor. Die Geschichte, in der die Hergenrather Eyneburg eine tragende Rolle spielt, erzählt eine Familientragödie aus dem Grenzland, aus Aachen, Vaals und Lüttich. Ursprünglich aus dem Allgäu stammend, bezieht Bernhard Wucher seine Wahlheimat – die Deutschsprachige Gemeinschaft und das Dreiländereck – in seine Gegenwartskrimis ein. Der Autor schaffte es, den ortskundigen Leser an die Schauplätze des Geschehens zu versetzen und die Charaktere bildlich in einer bekannten Umgebung erscheinen zu lassen, was diesen Krimi äußerst greifbar machte. In der an die Lesung anschließenden Fragestunde zeigten sich die Besucher interessiert an Wuchers Werdegang und seiner Tätigkeit in der Hergenrather Burg.



*R. Kremer und E. Herrebut
im Gespräch*

Festakt zum Tag der DG

Die Deutschsprachige Gemeinschaft begeht am 15. November ihren Festtag. Neben dem Mittagsempfang in der Brüsseler Vertretung findet in Eupen der Empfang für die ostbelgischen Behörden statt. Am 13. November 2015 fand der Festakt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Bildungs- und Begegnungszentrum Kloster Heidberg statt.



Redner des Abends waren Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz und Ministerpräsident Oliver Paasch. Beide gingen auf die Stellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im föderalen Belgien ein. Im Vorfeld wurde das Projekt „Ares & Paul 1914-1918“ durch einen Projektverantwortlichen und die beteiligten Kinder vorgestellt. „Ares & Paul 1914-1918 – Eine Geschichte, drei Sprachen/ Une histoire, trois langues/ Een verhaal, drie talen“ ist ein Buchprojekt, das von Grundschulern der Gemeinden Lontzen, Blegny und Herstappe erstellt wurde und das an die Geschehnisse im Ersten Weltkrieg erinnert.

Ein Haus als Spiegel seiner Zeit – Die Baugeschichte des DG-Parlaments

Genau 100 Jahre ist es her, dass in Eupen der erste Spatenstich zum Bau eines Heimes für kaufmännische und technische Angestellte sowie selbstständige Kaufleute zur Erholung „von der Steinwüste der Großstadt“ gesetzt wurde.

Das imposante Gebäude hoch über Eupen wurde als Lazarett, als Erholungs- und Genesungsheim für Lungenkranke, als Ferienhaus und als Schule und Internat genutzt. Seit 2013 schließlich beherbergt das Haus das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.



Im Rahmen einer Matinee wurde am 22. November 2015 dem zahlreich erschienenen Publikum eine neue Publikation des Parlaments zur Baugeschichte des Gebäudes vorgestellt. Im Zwiegespräch diskutierten Els Herrebout (Historikerin und Leiterin des Staatsarchivs Eupen) und Rudolf Kremer (Journalist und Vorsitzender der Denkmalschutzkommission der DG) über die Nutzung des Hauses und setzten diese in den geschichtlichen Kontext der damaligen Zeit. Parlamentsbibliothekar Wilfried Jousten hat im Übrigen in der Publikation ein Kapitel verfasst, das sich mit den Bautätigkeiten zum neuen Parlament befasst. „Ein Haus als Spiegel seiner Zeit“ ist nach wie vor kostenlos im Parlament erhältlich.

Der Status der Deutschsprachigen Gemeinschaft im verfassungsrechtlichen Kontext

Ritter Jean de Codt, Erster Präsident des Kassationshofs
 Paul Maffei, Präsident des Kassationshofs
 André Henkes, Erster Generalanwalt beim Kassationshof
 Yves Kreins, Erster Präsident des Staatsrates
 Roger Stevens, Präsident des Staatsrates
 Philippe Bouvier, Generalauditor beim Staatsrat
 Marc Lefever, Beigeordneter Generalauditor beim Staatsrat
 Jan Spreutel, Präsident des Verfassungsgerichtshofs
 Baron André Alen, Erster Präsident des Verfassungsgerichtshofs

waren Ende 2015 Gäste des Parlaments. Am 27. November 2015 referierten Fachleute zum Thema „Der Status der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die sich daraus ergebenden Folgen für die Rechtsordnung“. Am 18. Dezember 2015 befassten sich die Sachverständigen mit dem „Statut der deutschen Sprache in der Rechtsordnung Belgiens“. Erstmals waren zu diesem Anlass Spitzenmagistrate der drei höchsten Gerichte Belgiens, d. h. des Verfassungsge-

richtshofs, des Kassationshofs und des Staatsrats, in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu Gast. Die Ergebnisse der Tagungen werden in einem Band der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgehalten.

Preis des Parlaments

Die Träger des Preises des Parlaments 2015 erhielten die Auszeichnung am 4. März 2016 aus den Händen des Parlamentspräsidenten. Die Jury aus Abgeordneten und Sachverständigen hatte Johannes Weber für „Scheunentore“ und Paul Schmitz für „Kriegskind, die Suche nach meinem amerikanischen Vater“ als Preisträger bestimmt.



Die Preisträger P. Schmitz (l.) und J. Weber (r.)

Herausforderung Integration – für mehr Begegnung in Ostbelgien

Beim Themenabend „Herausforderung Integration – für mehr Begegnung in Ostbelgien“ am 18. Mai 2016 stellten Bürgerinnen und Bürger ihre Initiativen zur Integration vor und auch betroffene Flüchtlinge kamen zu Wort.

In drei Themenblöcken wurden verschiedene Aspekte der Integration beleuchtet: Auseinandersetzung, Engagement



R. Stevens

Ph. Bouvier

Y. Kreins

K.H. Lambertz

J. Spreutel

P. Maffei

A. Henkes

M. Lefever



und Begegnung. Eine Novelle mit dem Titel „Das Projekt Utopia“, ein Malatelier für Flüchtlinge, Ehrenamtsarbeit in den Auffangzentren, Begegnungsprojekte und Patenschaften für Flüchtlinge und die Aufarbeitung der Thematik im Unterricht wurden vorgestellt.

Das Programm war vollgepackt mit Informationen und Anregungen; die große Anzahl von 80 Zuhörern im Saal machte deutlich, dass das Thema aktueller ist als je zuvor.

Disput „Bedingungsloses Grundeinkommen – Realistisch oder Träumerei?“

Ein neues Veranstaltungsformat im Parlament nennt sich „Disput im Parlament“. Der Disput steht für ein kontrovers



Ph. Defeyt und M. Alaluf im Streitgespräch

geführtes Gespräch, ein Streitgespräch. Das Parlament bietet sich an, um diese Wortgefechte auszutragen.

So konnten am 21. Juni 2016, kurz nach der Volksabstimmung in der Schweiz, zwei Kontrahenten in der Frage der Realisierung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein Streitgespräch führen.

Entfaltete Zeit: 1900-1930 Der Weg zur Moderne auf Fächern

100 Jahre Bau des Sanatoriums und späteren Parlamentsgebäudes waren auf außergewöhnliche Weise auch im Juni 2016 Anlass einer Veranstaltung. Das Parlament beherbergte während fast zwei Wochen eine Ausstellung von zum Teil wertvollen Fächern aus der Zeit 1900 bis 1930. Am 19. Mai stellte die Ausstellungsmacherin Margaretha Mazura ihre Sammlung persönlich vor und setzte die Fächer in den Kontext der damaligen Geschichte.



Schülerpreis des Parlaments

Am 2. Juli 2016 erhielten Schülerinnen und Schüler aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Preise des Parlaments für besondere Leistungen im Unterrichtsfach Deutsch. Der Preis geht sowohl an Primarschüler als auch an Schüler des Sekundarunterrichts, der Abiturklassen, des Zentrums für Förderpädagogik und der Weiterbildungseinrichtungen.



Die Preisträger des Schuljahres 2015-2016



Kolloquium zur Staatsreform

Unter dem Titel „Die Besonderheiten des belgischen Bundesstaatsmodells und seine Auswirkungen auf die Rechtsstellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ fand am 16. September eine Tagesveranstaltung zu Staatsreform, Föderalismus und Statut der Deutschsprachigen Gemeinschaft statt. Namhafte Sachverständige wie Prof. Peter Bußjäger, Institut für Föderalismus an der Universität Innsbruck, Prof. Hugues Dumont, Université Saint-Louis, Prof. Philippe Destatte, Institut Destrée, Prof. Hendrik Vuye und Veerle Wouters, NVA-Studienzentrum, sowie Luc Van der Kelen, politischer Berater B plus, hielten Impulsreferate und nahmen an einer Podiumsdiskussion teil.

Vorausgegangen war ein Kontakt des Parlaments zur Organisation B plus, deren Vertreter sich für die Beibehaltung und Stärkung des belgischen Staatsgefüges aussprechen. B plus präsentierte im Rahmen der Tagung auch ein Dossier zur Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Kunst und Dialog – Ausstellung im Senat

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft kooperiert regelmäßig mit den anderen belgischen Parlamenten und freut sich über besondere Initiativen. So wurde vom 26. Oktober bis zum 11. Dezember 2015 im Belgischen Senat die Ausstellung „Kunst und Dialog: Dialog zwischen den Gemeinschaften“ organisiert. Ziel war es, die Rolle des Belgischen Senats als „Senat der förderierten Teilgebiete“ und als Ort des „Dialogs zwischen den Gemeinschaften“ Belgiens herauszustellen und dies anhand von Kunstwerken, die von den Gemeinschaftsparlamenten und seitens des Senats ausgewählt wurden.

In der Ausstellung waren folgende Künstlerinnen und Künstler vertreten: Pierre Alechinsky - Mady Andrien - Ernest Blanc-Garin - André Blank - Koen Broucke - Wim Carrein - Jacques Chariot - Jacques Charlier - Patrick Corillon - Gaston De Mey - Ronny Delrue - Lionel Estève - Francis

Feidler - Willi Filz - Jérémy Fournié - Roger Greisch - Alfred Holler - Ann Veronica Janssens - Hubert Malfait - Gustavo Riego - Willy Peeters - François Schuiten - Léon Spilliaert - Guy Van Bossche - Henri-Victor Wolvens.



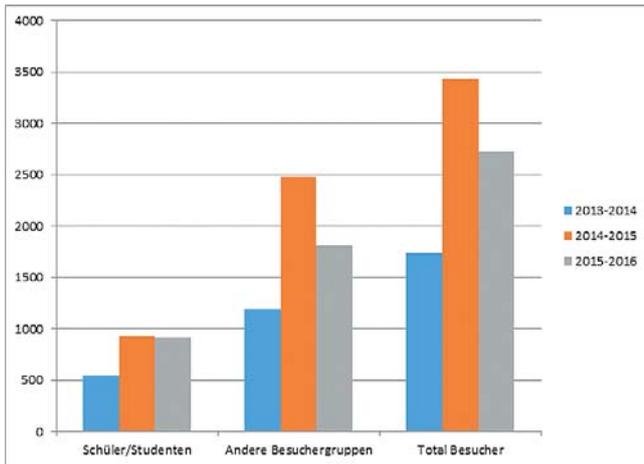
BESUCHER UND GÄSTE

Besucher- und Schülergruppen

Ein Besuch im Parlament gehört nach wie vor zum Standard-Programm von Gruppen, die Eupen und die Deutschsprachige Gemeinschaft besuchen.

Die überaus erfolgreiche Besucherstatistik aus der Sitzungsperiode 2014-2015 konnte in der neuen Sitzungsperiode nicht mehr erreicht werden. Dennoch erfreut sich der neue Standort immer noch großer Beliebtheit bei Jung und Alt.

In der Sitzungsperiode 2015-2016 besuchten 112 Gruppen das Parlament, also 19 weniger als im Vorjahr. Insgesamt



nahmen 2.725 Besucher an den geführten Rundgängen oder Animationen teil.

Die Animationen für Schulgruppen sind ein wichtiger Eckpfeiler im Besucherangebot des Parlaments. Insgesamt nahmen 887 Schüler und Studenten an dem Programm teil; 379 davon kamen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Ziel ist eine Erhöhung dieser Zahlen im kommenden Jahr durch verstärkte Werbung und einen Ausbau der Angebote.



Neben den klassischen Besuchergruppen nahmen etwa 1.000 Bürgerinnen und Bürger an Veranstaltungen des Parlaments teil, an Vortragsveranstaltungen oder öffentlich zugänglichen Ausschusssitzungen.

BESONDERE GÄSTE IM PARLAMENT

Sternsinger im Parlament der DG

Es war ein bewegender Moment, als am 6. Januar 2016 im Plenarsaal, als Delegationen der Sternsinger aus allen Pfarrgemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf den Abgeordnetenrängen Platz nahmen. Mit dem Besuch der Sternsinger knüpfte das Parlament an eine sympathische Tradition an, die erstmals nach dem Umzug auch im neuen Parlamentsgebäude organisiert wurde. Das Motto der Aktion, Respekt, wurde von allen Delegationen in kurzen Beiträgen erläutert, ob mit einem Lied, dem Segensspruch oder selbst gebastelten Kollagen.



Botschafter und Parlamentspräsidenten

Carina Gödecke, Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, war in der Plenarsitzung vom 25. Januar 2016 zu Gast. Nach einem Gespräch mit

Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz und Ministerpräsident Oliver Paasch besuchte die Landtagspräsidentin das Asylbewerberheim „Bellevue“ in Eupen, um sich ein konkretes Bild über die Aufnahme- und Integrationspolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu machen. Zum Abschluss ihres Besuchs nahm



Gödecke an der Plenarsitzung des Parlaments teil. In ihrer Ansprache ging sie auf verschiedene Themen ein: So hob sie die guten Beziehungen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Nordrhein-Westfalen hervor und regte ein gemeinsames Vorgehen im Hinblick auf die Stärkung des europäischen Gedankens innerhalb der Union an.

Schwerpunkt der Plenarsitzung war die Flüchtlings- und Integrationshilfe. Landtagspräsidentin Gödecke zeigte sich überzeugt davon, dass die damit verbundenen Herausforderungen gemeistert werden können, wenn entschlossen, solidarisch und koordiniert gehandelt werde.



Im Mai 2016 besuchte der Botschafter der Schweizer Eidgenossenschaft, Seine Exzellenz **Christian Meuwly** das Parlament. Der Botschafter, der auf Antrittsbesuch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft weilte, machte am Ende seines Aufenthalts in Eupen einen Abstecher ins Parlament, wo er mit Gemeinschaftssenator Alexander Miesen zu einem Austausch zusammentraf.

Besuch des 1. Präsidenten des Rechnungshofs

Am 20. Juni 2016 besuchte der 1. Präsident des Rechnungshofs, Philippe Roland, das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, um eine Vereinbarung zwischen Parlament und Rechnungshof in Bezug auf die Kontrolle der Rechnungen des Parlaments und der Parlamentsfraktionen zu unterzeichnen. Er nutzte den Besuch, um den Abgeordneten die Rolle des Rechnungshofs als Ratgeber des Parlaments in Finanz- und Haushaltsfragen vorzustellen.

Empfang der Gäste des Eupener Tirolerfestes

Das Parlament ließ es sich nicht nehmen, am 30. Juli 2016 Gäste und Nachbarn zum Empfang des Eupener Tirolerfestes zu laden. Die Tiroler Gäste und die Begleiter der Gruppe Lovos marschierten mit der Musikkapelle Mayrhofen-Hipach und der Tanzgruppe D´Sonnwendler Schuhplattler am Platz des Parlaments auf und brachten einige Musik- und Tanzstücke dar. Die Zillertaler Gäste wurden von Parlamentspräsident Lambertz und Abgeordneten begrüßt.

Staatschefs deutschsprachiger Länder

Zum Abschluss ihres Gipfeltreffens durfte das Parlament am 8. September 2016 die Staatschefs der deutschsprachi-



gen Staaten willkommen heißen. Deutschland, Österreich, die Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg und Belgien sind auf dem Gipfeltreffen durch ihre Staatsoberhäupter vertreten. In diesem Jahr lautete das Thema des Gipfels „Junges Unternehmen im deutschsprachigen Europa“.

Die informellen Treffen der Staatsoberhäupter der deutschsprachigen Länder finden seit 2004 einmal jährlich statt. Liechtenstein war im September 2015 Gastgeber. Seit 2014 nehmen auch die Belgier und Luxemburger an dem Treffen teil.

Im Parlament durften Parlamentspräsident und Ministerpräsident die Gäste nach einem ausführlichen Programm in Eupen begrüßen und gleichzeitig das Treffen abschließen.



v.l.n.r.: S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein nebst Gattin, S.K.H. Großherzog Henri von Luxemburg, S.M. König Philippe und I.M. Königin Mathilde sowie Bundespräsident Johann Schneider-Ammann und Gattin

PARLAMENT INTERREGIONAL UND INTERNATIONAL

ÅLAND-INSELN

Vom 23. bis zum 25. September 2015 reiste eine Parlamentsdelegation der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf die finnischen Åland-Inseln, um sich über das Autonomiestatut dieser Region zu informieren. Der Besuch ging auf die Einladung der Parlamentspräsidentin der Åland-Inseln, Britt Lundberg, zurück, die im Dezember 2014 das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft besucht hatte.

Die Åland-Inseln werden von einer schwedischsprachigen Minderheit bevölkert, der im Zuge der Unabhängigkeit Finnlands eine weitreichende Autonomie gewährt wurde. Neben Südtirol und der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören die Åland-Inseln damit zu den wenigen nationalen Minderheiten in der EU, die eine Region mit Gesetzgebungshoheit bilden – also eine Region, die über ein eigenes Parlament und eine Regierung verfügt.

Im Rahmen des Besuchs kam es zu einem intensiven Austausch mit Vertretern des Parlaments, der Regierung und des nationalen Gouverneurs Ålands. Darüber hinaus besuchte die Delegation eine typische Gemeinde Ålands, um sich über die Organisationsstruktur auf Gemeindeebene zu informieren. Schließlich stand ein Besuch eines Lyzeums, des Tourismusbüros und des Friedensinstituts auf dem Programm.

Schlussfolgernd kann gesagt werden, dass es zahlreiche Parallelen, aber auch einige fundamentale Unterschiede zwischen den Autonomiestatuten der beiden Regionen



gibt. Die Parlamentsdelegation brachte denn auch einige interessante Denkanstöße für die Ausgestaltung der DG-Autonomie mit nach Hause.

SCHWEIZ, DEUTSCHLAND, ÖSTERREICH

Vom 11. bis zum 14. Mai 2016 bereiste eine Parlamentsdelegation die drei deutschsprachigen Föderalstaaten Deutschland, Schweiz und Österreich. Ziel der Reise war,



© Landtag Vorarlberg.
Der Vorarlberger Landtagspräsident Harald Sonderegger empfing am 13. Mai 2016 die Delegation des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Im Zentrum des Austausches standen neben der parlamentarischen Arbeit die Themen Föderalismus und Bürgerbeteiligung sowie die Erfahrungen Vorarlbergs mit der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

mehr über Finanzföderalismus und Bürgerdialog in Erfahrung zu bringen.

Zunächst machte die Delegation im baden-württembergischen Herrenberg halt, um sich über das dortige Modell innovativer Bürgerbeteiligung zu informieren. Im Anschluss erläuterten Fachleute des Europäischen Zentrums für Föderalismusforschung in Tübingen den deutschen Staatsaufbau und das System des Finanzausgleichs. Im schweizerischen Bern informierte sich die Delegation im Haus der Kantone über die Finanzierungsmöglichkeiten kleiner Gliedstaaten und über den kooperativen Föderalismus der Schweiz. Als Nächstes stand ein Besuch des „Großen Rates“, dem Parlament des Kantons Freiburg, und ein Meinungsaustausch mit der Regierung des Kantons an. Im Anschluss informierten Fachleute des Instituts für Föderalismus Freiburg über die Feinheiten des schweizerischen Föderalismusmodells. Schließlich besuchte die Delegation den Landtag Vorarlberg in Bregenz, das Bregenzer Büro für Zukunftsfragen, den Tiroler Landtag sowie das Institut für Föderalismus in Innsbruck.

Wie schon bei der Åland-Reise brachten die Delegationsmitglieder zahlreiche Ideen und Denkanstöße mit nach Hause.

FLANDERN

Am Freitag, 30. Oktober 2015, kamen der Ausschuss I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Ausschuss für Zusammenarbeit des Flämischen Parlaments zu einer Arbeitssitzung zusammen.

Bei diesem Treffen wurde u. a. über die konkrete Zusammenarbeit der beiden Gemeinschaften ausgetauscht. Darüber hinaus wurde jedoch auch die parlamentarische Praxis in Sachen Subsidiaritätskontrolle, beispielsweise im Rahmen der Bewertung von Gesetzesinitiativen der EU-Organe durch die Regionalparlamente, thematisiert.

Schließlich stand auch ein Austausch zur Entwicklung des belgischen Föderalstaats im Zuge und nach der 6. Staatsreform zur Tagesordnung.



KH. Lambertz und J. Peumans

FÖDERATION WALLONIE-BRÜSSEL

Am 9. November 2015 war Ausschuss I zu Gast in Brüssel. Unter Vorsitz der beiden Parlamentspräsidenten Courard und Lambertz sowie in Anwesenheit der beiden Ministerpräsidenten Demotte und Paasch fand eine gemeinsame Ausschusssitzung statt.

Nach den Begrüßungsworten der beiden Präsidenten schilderten die Ministerpräsidenten die Ausführung des Zusammenarbeitsabkommens. Dabei konzentrierten sie sich auf die aktuellsten Programme und Projekte – denn seit 2006 hat es keine gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse für Zusammenarbeit mehr gegeben. Insbesondere hoben sie das gemeinsame Regierungstreffen im März 2015 hervor, bei dem u. a. eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Justizhäuser verabredet worden ist. In der nachfolgenden Diskussion der Parlamentarier ging es vor allem um das Bildungswesen, u. a. des Native-speakers-Programm und die bilingualen Zweige sowie um die Zusammenarbeit im Jugendschutz (Zentrum St. Hubert).

CALRE

Am 23. und 24. Oktober 2015 fand die diesjährige CALRE-Vollversammlung in Mailand statt. Die CALRE ist die „Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnis in der Europäischen Union (EU)“. Das Parlament wurde durch Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz und Greffier Stephan Thomas vertreten. Parallel zur CALRE-Vollversammlung fand erstmals auch ein weltweites Forum regionaler und sub-nationaler Versammlungen mit Gesetzgebungshoheit statt.

Die diesjährige Tagung der CALRE stand ganz im Zeichen der Vertrauenskrise, die die Europäische Union derzeit heimsucht. In der Enderklärung spricht sich die CALRE für ein tolerantes und soziales Europa aus, das die Bürger durch öffentliche Transparenz und Bürgerteilhabe wieder mit dem europäischen Einigungsgedanken versöhnt. Die europäischen Entscheidungsprozesse müssen auf das „bottom-up-Prinzip“ ausgerichtet werden. Den Regionalparlamenten muss dabei eine bedeutendere Rolle als bisher zugedacht werden. Darüber hinaus erklärten sich die CALRE-Mitglieder dazu bereit, aktiv an der Überwindung der Struktur- und Finanzkrise und der Bewältigung der Migrationszuflüsse mitzuarbeiten.

TREFFEN DER PARLAMENTS-PRÄSIDENTEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN LÄNDER

Auf Einladung des deutschen Bundestagspräsidenten, Dr. Norbert Lammert, fand am 15. und 16. Juli 2016 in Konstanz am Bodensee erstmals ein Treffen der Parlaments-

präsidenten der deutschsprachigen Staaten statt. Neben den Vertretern aus Deutschland, Schweiz, Österreich, Luxemburg und Liechtenstein nahm auch Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz im Auftrag des belgischen Kammerpräsidenten teil.

Im Mittelpunkt der Begegnung stand das Thema Migration und Integration. Die Präsidenten berichteten von den aktuellen Entwicklungen in ihren Ländern und tauschten über die in diesem Rahmen gemachten Erfahrungen aus. Dabei waren sich alle Präsidenten einig, dass nur eine auf EU-Ebene abgestimmte Vorgehensweise zu einer nachhaltigen und erfolgreiche Migrationspolitik führen wird. Allerdings müssten auch die Bedenken derjenigen ernstgenommen werden, die der Aufnahme von Flüchtlingen skeptisch gegenüber stehen.

Am Rande der Konferenz informierten sich die Parlamentspräsidenten darüber hinaus über die Bemühungen der Universität Konstanz zur Integration von Studenten mit Migrationshintergrund und über das Best-Practices-Modell der Stadt Konstanz in Bezug auf den Wohnungsbau für Flüchtlinge.

IPR GROSSREGION

Am 1. Januar 2015 übernahmen die belgischen Partner den Vorsitz in der Großregion. Parallel zum Gipfelvorsitz ging der Vorsitz des Interregionalen Parlamentarierrats IPR in an André Antoine, Vorsitzender des Wallonischen Parlaments, über.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist durch die Abgeordneten Karl-Heinz Lambertz und Patricia Creutz-Vilvoye als effektive Mitglieder und Alexander Miesen sowie Lydia Klinkenberg als stellvertretende Mitglieder

im IPR vertreten. Das Parlament ist in den belgischen Vorsitz eingebunden.

Plenarsitzungen des IPR

In der Sitzungsperiode 2015-2016 fanden zwei Plenarsitzungen des IPR statt. Zur 56. Plenarsitzung konnte das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Delegierten am 17. Juni 2016 in Eupen begrüßen.

Die Plenarversammlung verabschiedete Empfehlungen zu folgenden Themen:

4. Dezember 2015 in Namur:

1. Sozialdumping in der Großregion
2. Neuregelung des grenzüberschreitenden Taxiverkehrs zwischen Belgien und Deutschland
3. Attraktiver Bahnverkehr in der Großregion
4. Interregionale und internationale Entwicklungszusammenarbeit
5. Würdigung des Jahrestages „100 Jahre Erster Weltkrieg“ in den Teilregionen der Großregion

17. Juni 2016 in Eupen:

1. Flüchtlingssituation in der Großregion
2. Roaminggebühren in der Großregion
3. Nachhaltiger Weinbau in der Großregion
4. Photovoltaik in der Großregion

Die integralen Texte der Empfehlungen findet man auf der Website des IPR, www.cpi-ipr.com.

Ausschussarbeit des IPR

Die Empfehlungen der Vollversammlung werden in Kommissionen vorbereitet. In regelmäßigen Abständen tagen die sechs Arbeitsausschüsse des IPR, die Kommissionen „Wirtschaftliche Fragen“, „Soziale Fragen“, „Verkehr und Kommunikation“, „Umwelt und Landwirtschaft“, „Schul-



wesen, Ausbildung, Forschung und Kultur“ und „Innere Sicherheit, Katastrophenschutz und Rettungsdienste“. Die Mitglieder des Parlaments nehmen an diesen Sitzungen teil.

Forum Entwicklungszusammenarbeit

Am 18. September 2015 war das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Schauplatz einer Konferenz zum europäischen Jahr der Entwicklungszusammenarbeit. 2015 war das Europäische Jahr für Entwicklung: Erstmals widmete sich ein europäisches Themenjahr den Außenbeziehungen und der Rolle Europas in der Welt.

Die Konferenz fand im Anschluss an ein Bürgerforum statt, das zwei Tage zuvor organisiert wurde. Am 16. September 2015 hatten lokale Akteure der Entwicklungszusammenarbeit im Forum und in einer begleitenden Ausstellung die Gelegenheit, ihre Arbeit vorzustellen. An dieser Stelle gilt ein besonderer Dank dem Asylbewerberzentrum Eupen, dessen Bewohner den abschließenden Empfang vorbereiteten.



Vor dem Hintergrund der Entwicklungen und den Herausforderungen auf lokaler Ebene luden das Parlament der

Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Kommissionen „Verkehr und Kommunikation“ und „Umwelt und Landwirtschaft“ des IPR zu einer politischen Tagung zum Thema Entwicklungszusammenarbeit ein. Gemeinsam sollte das Bewusstsein für die Entwicklungszusammenarbeit auf regionaler Ebene gestärkt und die Vernetzung der in diesem Bereich tätigen Organisationen gefördert werden. Neben Impulsreferaten fand eine Podiumsdiskussion statt. Diskussionsteilnehmer waren Hans Janssen, Bürgermeister von Oisterwijk (NL), Mitglied und Berichterstatter des europäischen Ausschusses der Regionen, Dr. Steffen Bauer, Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Marc Schaefer, Bürgermeister von Vianden (LU) und Mitglied im europäischen Ausschuss der Regionen, Gisela Wahle, Vorsitzende des RESI (Rat für Entwicklungszusammenarbeit, Solidarität und Integration) sowie Pierre Verjans, Vorsitzender des Conseil Wallonie Bruxelles de la Coopération Internationale.

30 Jahre IPR

In den belgischen Vorsitz fiel im Juni 2016 auch das 30-jährige Jubiläum des IPR.

Am 17. Februar 1986 unterzeichneten die Partner im IPR in Metz eine Konvention „über die Gründung eines Interregionalen Parlamentarier-Rates – Conseil Parlementaire Inter-régional“. Die Deutschsprachige Gemeinschaft war zu diesem Zeitpunkt noch nicht dabei.

Ziel des IPR ist nach wie vor die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rolle der Großregion durch eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Regionen zu fördern und langfristig zur Entwicklung einer Perspektive



der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf den Gebieten beizutragen, die in die Zuständigkeit der einzelnen Regionen fallen. Seit 2006 ist auch die Deutschsprachige Gemeinschaft Partner.

Am 16. Juni, am Tag vor der Plenarsitzung, würdigten die amtierenden Parlamentspräsidenten und die Mitglieder des IPR die bisherige grenzüberschreitende Zusammenarbeit.



PARLAMENT IN ZAHLEN

Abgeordnete: 25

Beratende Mandatare: 8

Regierungsmitglieder: 4

Jahreshaushalt 2016 des Parlaments: 6,624 Mio. Euro

Anzahl Mitarbeiter: 36

Plenarsitzungen: 13

Ausschusssitzungen: 128

Gemeinsame Sitzungen aller Ausschüsse: 4

Beschlüsse: 69

 Regeldekrete: 12

 Haushaltsdekrete: 5

 Zustimmungsdekrete: 16

 Bezeichnungen: 3

 Gutachten: 4

 Geschäftsführungsverträge: 14

 Resolutionen: 7

 Verwaltungsbeschlüsse: 8

Regierungskontrolle

Interpellationen: 15

Mündliche Fragen: 193

Schriftliche Fragen: 80

Begründete Anträge: 4

Themendebatten: 1



Platz des Parlaments 1 | B-4700 EUPEN

T +32 (0)87/31 84 00

F +32 (0)87/31 84 01

info@pdg.be

www.pdg.be